

es eine Kollegin oder einen Kollegen, die oder der sich der Stimme enthalten möchte? – Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest, dass der **Änderungsantrag Drucksache 17/15745 abgelehnt** wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nun kommen wir zur Abstimmung über den Einzelplan 08, Ministerium für Heimat, Kommunales, Bauen und Gleichstellung, und zwar in der soeben geänderten Fassung, also nicht über die Beschlussempfehlung. Wer möchte diesem so geänderten Einzelplan 08 zustimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP. Gegenstimmen? – Gegenstimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und AfD. Gibt es eine Kollegin oder einen Kollegen, die oder der sich der Stimme enthalten möchte? – Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest, dass der **Einzelplan 08 in der zweiten Lesung angenommen** wurde.

Eine Abstimmung steht noch aus, nämlich über den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/14304. Der Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen empfiehlt in Drucksache 17/15583, den Gesetzentwurf Drucksache 17/14304 unverändert anzunehmen. Somit kommen wir zur Abstimmung über den Gesetzentwurf selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer möchte dem Gesetzentwurf zustimmen? – Das sind die Abgeordneten von CDU und FDP. Gegenstimmen? – Gegenstimmen von SPD und Grünen. Enthaltungen? – Enthaltung der Fraktion der AfD, im Übrigen keine weiteren Enthaltungen. Ich stelle fest, dass der **Gesetzentwurf Drucksache 17/14304 angenommen** und verabschiedet wurde.

Damit kommen wir zum nächsten Einzelplan, und zwar zu:

Einzelplan 14 Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie

Ich verweise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 17/15714 sowie den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/15736.

Ich eröffne die Aussprache zum ersten Teilbereich, nämlich:

a) Wirtschaft

Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abgeordneten Sundermann das Wort.

Frank Sundermann (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir besprechen auch beim Einzelplan 14 sicherlich den letzten Haushalt, der von

einer schwarz-gelben Landesregierung eingebracht wird. Insofern ist es meines Erachtens ganz gut, sich mal ein bisschen anzuschauen, welche Bilanz vorliegt – vor allen Dingen, weil uns, auch mich persönlich, schon interessiert, was im Sommer des nächsten Jahres an uns übergeben wird.

Lassen Sie mich als Erstes auf eine Sache schauen, auf die auch Sie immer blicken, wenn Sie Ihre Wirtschaftspolitik bewerten, nämlich auf das Bruttoinlandsprodukt. Ich persönlich finde, dass das ein Stück weit eine Fetischbetrachtung ist. Nur auf das Bruttoinlandsprodukt zu schauen – eine rein quantitative Bewertung von Wirtschaft –, ist aus meiner Sicht eigentlich ein bisschen antiquiert. Weil Sie das aber immer so gerne machen, möchte ich Sie einmal mit den aktuellen Fakten und nicht mit aktuellen Prognosen konfrontieren.

Aktueller Fakt ist – entnommen dem Statistikportal des Bundes und der Länder –, dass Nordrhein-Westfalen im ersten Halbjahr 2021 im Bundesschnitt auf dem neunten Platz liegt und 0,7 % schlechter ist als der Bund.

Wenn Sie dann noch wissen möchten, wie Sie es von uns übernommen haben, sage ich für Sie zur Erinnerung gerne, dass Sie 2017 den sechsten Platz, 0,1 % schlechter als der Bund, übernommen haben. Das macht auch deutlich, wie Sie aktuell Nordrhein-Westfalen durch die Krise führen, meine Damen und Herren.

Wenn wir „Krise“ sagen, müssen wir natürlich auch über Corona reden. Wir haben schon in ganz vielen Diskussionen darüber gesprochen, wie wir als Nordrhein-Westfalen der Wirtschaft helfen können und sie unterstützen können. Ich möchte mit Ihnen gemeinsam einen Blick darauf werfen, wie wir als Nordrhein-Westfalen in diese Krise gegangen sind.

Als Erstes möchte ich auf den sicherlich immer noch wichtigen, vielleicht sogar wichtigsten, Teil der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen schauen: auf die Industrie. Die Industrie hat im Jahr 2019, im Jahr vor der Krise, ein Minus von 1,7 % gehabt, also ein Minus von 5,9 Milliarden Euro im Umsatz.

Wenn man sich anschaut, wie METALL NRW die Situation zur Jahreswende 2019/2020 bewertet hat, stellt man fest – ich zitiere –:

„Bei den Unternehmen der nordrhein-westfälischen Metall- und Elektroindustrie hat sich die Stimmung in der Beurteilung von wirtschaftlicher Lage und Erwartungen erneut weiter verschlechtert.“

Man muss an dieser Stelle also feststellen, dass wir nicht besonders gut in diese Krise hineingegangen sind.

Insofern sind auch die aktuellen Werte des ifo Instituts zum Geschäftsklima in der Industrie, die Ver-

änderungen zum Vormonat, nicht verwunderlich. Chemische Industrie: minus 5,8 Punkte; Kraftwagen und -teile: minus 11,2 Punkte; Metallerzeugung und -bearbeitung: minus 18,6 Punkte. Das ist alles schlechter als im Bund.

Das ist ein Stück weit die Innenansicht, also die statistische Ansicht. Lassen Sie uns gemeinsam auch schauen, wie von außen auf die Wirtschafts- und vor allen Dingen auf die Industriepolitik dieser Landesregierung geschaut wird.

Ich will das an Investitionsentscheidungen festmachen und den Blick auf drei Investitionsentscheidungen im industriellen Bereich, in der industriellen Fertigung, lenken, wo in Nordrhein-Westfalen die entsprechenden Arbeitsplätze geschaffen werden.

Tesla ist eben nicht nach Nordrhein-Westfalen gekommen, obwohl die Landesregierung hier auch verhandelt hat, sondern nach Brandenburg gegangen.

Der erste CO₂-freie Stahl auf Basis von Wasserstoff wird eben nicht in Duisburg produziert, sondern in Schweden.

(Zuruf von Ralph Bombis [FDP])

Zur Batteriezellenproduktion wird in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 4. Februar 2019 ausgeführt – ich zitiere –: „Nordrhein-Westfalen sieht gute Chancen, eine Batteriezellen-Fabrik für E-Autos ins Land zu holen.“ Darüber hätten Ministerpräsident Armin Laschet und Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart berichtet. – Das war die Situation 2019. Jetzt stelle ich fest, dass Batteriezellenproduktionen in Brandenburg, in Thüringen, in Niedersachsen, in Rheinland-Pfalz und im Saarland, aber nicht in Nordrhein-Westfalen errichtet werden.

Jede einzelne dieser Investitionsentscheidungen ist sicherlich begründbar; das eine oder andere hat der Minister auch schon dazu gesagt. In ihrer Gesamtheit fügen sie sich aber zu einem Bild der nordrhein-westfälischen Wirtschafts- und Industriepolitik, das – ich will es vorsichtig formulieren – ernüchternd ist.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ich möchte abschließend noch einige Worte zum Thema „Beschleunigung und Vereinfachung“ sagen. Ich habe es im Ausschuss schon gesagt und sage es hier noch einmal: Herr Minister, wenn wir die Digitalisierung nutzen, um Genehmigungen und behördliche Prozesse zu beschleunigen, dann haben Sie uns eindeutig an Ihrer Seite. Das ist gar keine Frage. Wichtig ist uns aber: Es darf durch die von Ihnen aufgebraachte Entfesselungsrhetorik nicht dazu kommen, dass wir Arbeitnehmer- und Verbraucherrechte schleifen. Das ist der Punkt, der mit der deutschen Sozialdemokratie nicht zu machen ist. Das möchte ich an dieser Stelle ganz deutlich sagen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wenn wir dieses Ziel der Beschleunigung von Prozessen erreichen wollen, brauchen wir vor allen Dingen mehr Personal und Schwerpunktbehörden für den Know-how-Transfer.

Meine Damen und Herren, Ihre Wirtschaftspolitik und vor allem Ihre Industriepolitik sind nicht so erfolgreich, wie Sie sie beschreiben.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Herr Minister, das ist sicherlich auch Ihnen bewusst.

(Heiterkeit von Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie)

Dem Räuspfern in meinem Rücken folgend, sage ich: Das ist Grund genug, diesen Haushalt abzulehnen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Sundermann. Den inhaltlichen Kontext kann ich nicht ganz nachvollziehen. Das hatte nichts mit einer inhaltlichen Bewertung des Einzelplans zu tun, sondern schlicht mit dem Ende der verabredeten Redezeit. – In diesem Sinne darf ich nun für die Fraktion der CDU Herrn Dr. Untrierer das Wort geben.

Dr. Christian Untrierer (CDU): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich fange mit dem an, was in meiner Rede eigentlich später kommen sollte; aber ich möchte auf den geschätzten Kollegen Sundermann antworten. Ich meine, Sie haben hier falsche Zahlen dargelegt, was die Wirtschaftsentwicklung in Nordrhein-Westfalen angeht. Sie haben möglicherweise das erste Halbjahr angeführt; aber Sie haben nicht bedacht, dass es schon neue Zahlen für das Wirtschaftswachstum gibt.

(Frank Sundermann [SPD]: Das ist eine Prognose! Wir reden hier über Fakten!)

In Nordrhein-Westfalen wächst die Wirtschaft in diesem Jahr um 3,0 %. Das Jahr 2021 hat nur noch fünf Wochen. Wir wachsen also um 3,0 %. Deutschlandweit sind es lediglich 2,8 %. Wir sind also besser als der bundesweite Schnitt.

(Beifall von der CDU und Dietmar Brockes [FDP])

In den Jahren 2020 und 2021 hat sich die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen insgesamt um 0,7 Prozentpunkte besser entwickelt als im Bund.

Ich nenne noch eine Zahl: In den vergangenen vier Jahren sind 400.000 zusätzliche sozialversicherungspflichtige Jobs in diesem Land entstanden.

Das ist unsere Politik. Das ist eine Politik, die Jobs, Wohlstand und Zukunft schafft.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Beifall von Dietmar Brockes [FDP])

Ebenfalls eine interessante Zahl ist folgende – damit komme ich auch zum eigentlich geplanten Beginn meiner Rede –: Der letzte Haushalt, den Rot-Grün vorgelegt hat, hat im Bereich „Wirtschaft, Energie, Landesplanung“ für 2017 ein Volumen von 1,1 Milliarden Euro vorgesehen. Wir legen jetzt einen Haushalt vor, der ein Volumen von 2,7 Milliarden Euro hat. Daran sieht man, welche Wertigkeit das für uns hat und welche Steigerung es gibt. Wenn Sie ehrlich sind, hätten Sie sich 2017 gewünscht, solche Zahlen zu haben. Wir setzen das in die Tat um. Das ist unsere Politik.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Beifall von Dietmar Brockes [FDP])

Schwerpunkte sind in diesem Bereich: Digitalisierung, Ausbau der digitalen Infrastruktur und Digitalisierung der Verwaltung, Klimaschutz und vor allem Wasserstoff. Wir wollen Wasserstoffland Nummer eins werden. Das ist eine große Chance für dieses Land, auch für Innovationen und Schlüsseltechnologien. Wir sind auf dem Weg, zum modernsten und klimafreundlichsten Standort in Europa zu werden.

Dieser Anspruch lässt sich auch aus den Zahlen herauslesen. Die Mittel für Innovation und Technologie wurden in diesem Jahr auf 201 Millionen Euro verdoppelt. Für die Wirtschaftsförderung stellen wir im nächsten Jahr 870 Millionen Euro bereit. Das sind 40 % mehr als zuvor, also ein ganzer Batzen.

Kollege Sundermann, Sie haben ja bereits angefangen, Bilanz über die Wirtschaftspolitik im ganzen Land zu ziehen. Dazu gehören nicht nur die Zahlen, sondern auch das, was wir an sonstigen Regeln getroffen haben bzw. was wir abgeschafft haben. In acht Entfesselungspaketen waren 100 Maßnahmen auf der Landesebene enthalten, die Verfahren und Gesetze vereinfachen und entbürokratisieren.

Hier besteht ein ganz maßgeblicher Unterschied zwischen unserer Politik und Ihrer Politik, und zwar nicht nur der Politik, die Sie bis 2017 gemacht haben. Ich habe einmal geschaut, was die SPD demnächst wieder machen möchte. Sie haben dazu nicht viel gesagt. Ich habe aber einmal auf Ihre Homepage geschaut. Dort schreibt die SPD im Kapitel „Für gute Arbeit und sozialen Fortschritt“ – Zitat –:

„Deshalb setzen wir uns weiterhin für ein Tariftrueugesetz ein.“

Meine Damen und Herren, da bin ich fast vom Stuhl gefallen; denn das Tariftrueu- und Vergabegesetz, dass Sie einmal eingeführt haben, war doch Bürokratie par excellence. Das war ein Bürokratiemonster, wo die gesamte Wirtschaft gesagt hat: Das brauchen wir nicht.

(Beifall von der FDP)

Ich war damals noch kein Abgeordneter, habe das alles aber verfolgt. Als es schon einen Mindestlohn auf Bundesebene in Höhe von 8,84 Euro gab, ist die damalige nordrhein-westfälische rot-grüne Landesregierung auf die Idee gekommen, einen spezifischen nordrhein-westfälischen Mindestlohn in Höhe von 8,85 Euro zu machen, also 1 Cent mehr. Mit diesem Vorschlag sind Sie hier ins Parlament gegangen. Dann haben die Fraktionen von SPD und Grünen gesagt: Das passt ja nicht so ganz, dieser 1 Cent; gehen wir noch einmal herunter, also auf das Niveau auf Bundesebene.

Das Problem ist aber doch: Jeder Unternehmer, der sich damals bei einer Stadt beworben hat, um zum Beispiel das Dach einer Schule zu reparieren oder eine neue IT-Infrastruktur zu realisieren, musste dann belegen, dass er diesen Mindestlohn zahlt, obwohl es gesetzliche Vorgabe war, dass der Mindestlohn gezahlt wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist genauso, als wenn ich Ihnen, Herr Sundermann, sagen würde: Schreiben Sie einmal auf, dass Sie heute Morgen eine gültige Bahnkarte gekauft haben, dass Sie beim Bäcker Ihr Brötchen bezahlt haben oder dass Sie Ihr Fahrrad nicht verkehrswidrig abgestellt haben. – Das ist einfach Misstrauen gegenüber der Wirtschaft und eine komplett falsche Wirtschaftspolitik.

In der vergangenen Woche hatten wir die Handwerker und viele kleine und mittelständische Unternehmen hier. Sie haben uns gesagt: Wir haben sehr viel zu tun. Wir haben den demografischen Wandel. Wir haben die Digitalisierung. Wir haben die Dekarbonisierung. Bitte kommt uns nicht mit einem neuen Formular, mit einem neuen Gesetz, mit einer neuen Vorlage. Wir machen das schon.

Das ist wirklich der fundamentale Unterschied zwischen unserer Wirtschaftspolitik und Ihrer Wirtschaftspolitik. Wir lassen die Leute machen. Denn das gibt Freiraum; das gibt Chancen. Am Ende sind das dann Jobs, Arbeitsplätze und Wohlstand, der entsteht.

Ich komme zum Ende, bevor auch mich das Räuspern zum Schluss der Rede bringt.

Meine Damen und Herren, wir machen seit viereinhalb Jahren gute Wirtschaftspolitik für Nordrhein-Westfalen. Das geht mit Entfesselung, das geht mit Freiraum, das geht mit Chancen. Das geht nicht mit Vorschlägen aus der Mottenkiste der SPD, sondern nur gemeinsam mit Arbeitnehmern, Unternehmern, Gründern und Erfindern. Das werden wir auch weiterhin so machen.

Bitte stimmen Sie dem Haushalt zu. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Untrieser. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Abgeordneter Kollege Mostofizadeh das Wort.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wenn man nicht über den Einzelplan reden will, redet man darüber, was vor viereinhalb Jahren gewesen ist, Herr Kollege Untrieser.

(Zuruf von Dr. Christian Untrieser [CDU])

Offensichtlich haben Sie viel zu wenig zu bieten, um darüber reden zu können – wobei das, was im Haushalt steht, vom Volumen her gar nicht so schlimm ist; das muss man durchaus zugestehen.

Bezüglich des Tarifreue- und Vergabegesetzes fordern Sie mich aber doch heraus. Sie sagen allen Ernstes gegen alle Gewerkschaften, gegen alle Verbände, die Arbeitnehmerinteressen vertreten, das Tarifreue- und Vergabegesetz wäre ein reines Bürokratiemonster und lächerlich. Dazu kann ich Ihnen nur sagen: Wir Grünen werden alles dafür tun, dass wir die Wettbewerbsgleichheit und die Tarifreue stärken sowie die Mitbestimmung in Betrieben sehr hochhalten werden und natürlich wieder ein Tarifreue- und Vergabegesetz auflegen werden, das seinen Namen verdient und dafür sorgt, dass Kinderarbeit und andere Dinge nicht in die öffentliche Beschaffung gehören und Nordrhein-Westfalen bei diesem Thema Vorreiter ist.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Herr Minister, ich weise nun auf einige Punkte, die uns aktuell umtreiben, hin. Ihr Haushaltsplan schreibt im Prinzip Wesentliches fort, was vorher gewesen ist – ein bisschen Digitalisierung hier, ein bisschen Förderung da, das Handwerk ansprechen dort. Aber ich möchte einmal auf die aktuelle Situation eingehen.

Wir haben in dieser vierten Coronawelle wieder eine ganz prekäre Situation gerade für die Gruppen, die uns am Herzen liegen müssen – diejenigen, die in der Innenstadt arbeiten, die in den Zentren unterwegs sind, die Gastronomie machen. Und was tun Sie? Sie tun nichts. Sie laufen der Situation hinterher. Es wäre doch viel besser, wenn diese Unternehmen jetzt klare Regeln hätten und nicht auf den Bund gewartet worden wäre. Eine Weihnachtsfeier nach der anderen wird abgesagt, die Umsätze brechen ein, und wir können nicht einmal Ausfallzahlungen leisten, weil Sie als Landesregierung nicht bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und den Betrieben zuzusagen: Wir gehen von 2G, von 2G plus aus. Wenn Veranstaltungen abgesagt werden, treten wir für euch ein. Dann zahlen wir Ausfallbürgschaften; dann machen wir Kurzarbeitergeld. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, das alles fehlt bei dieser Landesregierung. Kein Plan, keine ...

(Dietmar Brockes [FDP]: Und Sie sagen, es werde nicht über den Haushalt gesprochen! Wo steht das im Haushalt?)

– Was ist denn mit Ihnen los?

(Heiterkeit und Beifall von Wibke Brems [GRÜNE])

Sie sind doch gleich dran. Sie haben doch gleich fünf Minuten Redezeit, Herr Kollege Brockes. Sind Sie irgendwie falsch abgeboten, oder was?

(Dietmar Brockes [FDP]: Sie sind ein bisschen fachfremd! – Daniel Sieveke [CDU]: Mann, Mann, Mann!)

Herr Minister, ich möchte einen zweiten Punkt ansprechen, der ebenfalls in Ihren Bereich fällt, nämlich das Thema „Handwerk“. Sie haben auf die Enquete hingewiesen. Wie wäre es denn, wenn Sie mit anstoßen würden, dass das Handwerk wieder in die Innenstädte hineinkommt, dass es in Bebauungsplänen vorkommt, dass Sie durch Beratung mit dafür sorgen, dass gerade kleine und mittlere Handwerksbetriebe, die oftmals keinen Platz finden und auf die grüne Wiese verwiesen werden, wieder in die Zentren hineinkommen? Das wäre doch einmal eine Initiative, durch die wir fachlich ein ganzes Stück vorankämen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zwei kurze Hinweise möchte ich im Detail noch geben. Beim Institut für Freie Berufe fragt man sich schon, wer da personell eigentlich unterwegs ist. Einerseits sitzen die Leute im Aufsichtsrat und andererseits im operativen Geschäft, und gleichzeitig werden 750.000 Euro bereitgestellt, bei denen mir die Vorstellung fehlt, wie das wirklich etwas voranbringen soll. Und dann ist es eine Fokussierung auf einen derart kleinen Bereich.

Vielleicht könnten Sie das der geneigten Öffentlichkeit auch noch mal erklären. Denn auch die Personalidentität mit Leuten, die Ihnen sehr nahe stehen, ist da schon ziemlich groß. Ich kann mich hier auch an Referenten aus Landtagsfraktionen und andere erinnern. Es würde mich tatsächlich sehr interessieren, ob das irgendwie ein Geschmäcke hat oder ob Sie es inhaltlich doch sehr gut begründen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es wird Sie nicht sehr wundern: Wir werden den Einzelplan auch an dieser Stelle ablehnen. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Mostofizadeh. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP Herr Abgeordneter Kollege Bombis das Wort.

Ralph Bombis (FDP): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen, sehr geehrte Herren! Die wirtschaftlichen Herausforderungen, vor denen wir stehen, sind immens. Die Folgen der Coronapandemie, die Digitalisierung unseres Landes und die Transformation in eine klimaneutrale Wirtschaft sind riesige Aufgaben, denen wir uns zu stellen haben.

Mit diesem Haushalt gehen wir, geht diese Landesregierung diese Herausforderungen mutig an. Dieser Haushaltentwurf ist eine Blaupause und Grundlage für die Zukunftswirtschaft in Nordrhein-Westfalen. Hoch innovativ, digital und befreit von unnötigen bürokratischen Fesseln setzen wir auf Zukunftstechnologie. Wir schreiben im Haushalt die guten Ansätze fort. Wir legen den Grundstein für eine zukunftsfähige Wirtschaft.

Das NRW-Konjunkturprogramm und die schnelle Auszahlung der Coronahilfen haben dafür gesorgt, dass die Wirtschaftsleistung in Nordrhein-Westfalen zunächst weniger stark zurückgegangen ist als im Bund. Der Haushalt 2022 legt die Basis dafür, dass wir die Aufholjagd für die Erholung und Wiederbelebung der Wirtschaft wieder aufnehmen können.

Jenseits von Einzelbeispielen, die wir bedauern, Frank Sundermann, haben wir insgesamt eine Atmosphäre in diesem Land geschaffen, in der die Unternehmen sich wieder wohlfühlen und in der die Menschen wieder Vertrauen in die öffentliche Hand haben, dass sie sie nicht behindert, sondern unterstützt, und dass sie sie dort in Ruhe lässt, wo sie in Ruhe gelassen werden wollen. So schafft man erfolgreiche Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Für die Förderung von Wirtschaft und Mittelstand stehen insgesamt Mittel in Höhe von mehr als 870 Millionen Euro zur Verfügung. Diese Mittel stellen sicher, dass die Entfesselungsoffensive und die Stärkung des Mittelstands, des Handwerks und der Freien Berufe konsequent fortgeführt werden können.

Herr Mostofizadeh, dass Sie kein Verständnis für die Wichtigkeit der Freien Berufe haben, dass Sie kein Verständnis dafür haben, welche wesentliche Grundlage gerade die wissenschaftliche Arbeit für diese Bereiche und für die Freien Berufe bringt, haben Sie heute wieder gezeigt. Wir stehen an der Seite der Freien Berufe – auch als Arbeitgeber mit den ganzen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die dort arbeiten. Das machen wir in diesem Haushalt deutlich.

(Beifall von der FDP und Dr. Christian Untrier [CDU])

Die Neuaufstellung der Außenwirtschaftsgesellschaft und unser Programm für Standortmarketing zeigen: Wir wollen, dass NRW auch zukünftig im internationalen Konzert gut aufgestellt ist. Gerade in Zeiten

von Corona und in Zeiten von Lieferkettenproblematiken ist das in einer sich verändernden Welt ein entscheidendes Signal. Auch hier stellt diese Landesregierung die richtigen Weichen. Auch hier werden wir dazu beitragen, dass Nordrhein-Westfalen in Deutschland wieder an die Spitze kommt.

(Beifall von der FDP und Dr. Christian Untrier [CDU])

Mit den inzwischen acht Entfesselungspaketen sind in zahlreichen Bereichen Regulierungen zurückgenommen worden. Auch hier hat uns immer wieder erreicht, dass die Wirtschaft uns dankbar dafür ist, dass sie nach 2017 endlich wieder aufatmen kann.

Herr Mostofizadeh, auch Sie wissen doch genau: Niemand in der Regierungskoalition will so etwas wie Kinderarbeit in der Welt oder schlechte Arbeitsbedingungen in den Unternehmen haben. Entscheidend ist aber, dass bei den kleinen und mittelständischen Unternehmen nicht Nachweispflichten abgeladen werden, die diese gar nicht erfüllen können, sondern dass hier andere Rahmenbedingungen gesetzt werden.

Deswegen ist es richtig gewesen, die Unternehmen zu entlasten. Die Ziele – keine Kinderarbeit, gute Arbeitsbedingungen, gute ökologische Bedingungen – bleiben trotzdem richtig. Aber diese Dinge dürfen nicht bei dem kleinen Handwerker und der kleinen Handwerkerin oder bei anderen Wirtschaftstreibern abgeladen werden.

(Beifall von der FDP und Dr. Christian Untrier [CDU])

Stichwort „Handwerk“: Wir unterstützen das Handwerk weiter bei der Digitalisierung, beim Technologietransfer, bei der beruflichen Bildung und bei der Fachkräftesicherung. Auch das wird in diesem Haushalt deutlich.

Ein entscheidender Meilenstein ist für mich – das werden Sie mir als jemandem, der dem Handwerk sehr verbunden ist, vielleicht nachsehen –, dass die Meistergründungsprämie seit 2021 deutlich erhöht und von der EFRE-Finanzierung abgekoppelt ist. Sie ist auf eine reine Landesfinanzierung umgestellt worden. Das ist im Sinne des Handwerks und im Sinne der Meisterausbildungen in diesem Land ganz entscheidend. Wir leisten damit einen sehr wichtigen Beitrag für die Gründungsförderung im Handwerk und für die vielen, vielen Betriebsübernahmen, die in den nächsten Jahren anstehen.

(Beifall von der FDP und Dr. Christian Untrier [CDU])

Der Handel, das Gastgewerbe und der Tourismus sind wichtige Stützen unserer Wirtschaft in NRW. Dass Sie, Herr Mostofizadeh, gerade hier in diesem Exkurs gesagt haben, wir würden nicht genug für die Unterstützung zum Beispiel der Schausteller tun,

zeigt, dass Sie von dem Thema wirklich relativ wenig Ahnung haben.

(Dietmar Brockes [FDP]: Er war ja nie im Ausschuss!)

Wir machen alles, was möglich ist, um gerade diesen Branchen hier im Land in dieser schwierigen Zeit zu helfen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Jenseits der unmittelbaren Coronaproblematik fördern wir im digitalen Bereich Digital Coaches und Programme für Digitalgutscheine, damit die Branchen ihre Geschäftsmodelle zukunftsfester aufstellen können.

Abschließend ist der Strukturwandel im Rheinischen Revier anzusprechen, der gerade vor dem Hintergrund des gestern veröffentlichten Koalitionsvertrages eine ganz andere Bedeutung und eine ganz andere Notwendigkeit hat.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Ich empfehle Ihnen: Reden Sie einmal mit Ihren grünen Kollegen im Rheinischen Revier, die sehr verantwortlich mit diesem Thema umgehen und gemeinsam mit uns von CDU und FDP daran arbeiten – auch mit den Kollegen der SPD –, die aber auch wissen, dass es riesengroße Herausforderungen sind.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Die Redezeit.

Ralph Bombis (FDP): Diese Herausforderungen müssen wir annehmen. Auch hier zeigt die Landesregierung, dass die notwendige Flankierung gemacht wird.

(Beifall von der FDP und Dr. Christian Untrier [CDU])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Die Redezeit!

Ralph Bombis (FDP): Frau Präsidentin, ich komme zum Ende. – 2,7 Milliarden Euro stehen zur Verfügung. Das ist ein Zuwachs von 33 % im Vergleich zum Haushalt 2021.

(Mehrddad Mostofizadeh [GRÜNE]: Frau Kollegin! – Das Ende der Redezeit wird erneut signalisiert.)

Der Gesamthaushalt wurde seit 2017 mehr als verdoppelt.

Ich will sehr klar sagen: Diese Nordrhein-Westfalen-Koalition ist seit 2017 für eine gute Wirtschaftspolitik zuständig in Abgrenzung von dem, was bis dahin Rot-Grün gezeigt hat. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Bombis. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der AfD Herr Abgeordneter Strotebeck das Wort.

(Mehrddad Mostofizadeh [GRÜNE]: Nur auffällig, dass die Redezeiten immer nur einseitig überzogen werden!)

– Ich kann darauf hinweisen, Herr Abgeordneter Mostofizadeh, dass die SPD ihre Redezeit im Aufschlag um 54 Sekunden überzogen hat, die CDU um 51 Sekunden, die FDP jetzt allerdings deutlich um 1 Minute 26 Sekunden. Die Grünen haben dafür 56 Sekunden weniger Redezeit in Anspruch genommen.

Jetzt hat Herr Abgeordneter Strotebeck das Wort. Mal gucken, was dabei herauskommt. Bitte sehr.

Herbert Strotebeck (AfD): Frau Präsidentin! Meine Damen, meine Herren! Wenn Wunsch und Wirklichkeit auseinanderdriften, dann gelangt meistens die Wirklichkeit auf den Seitenstreifen. So ist das auch bei Ihrem Haushalt, einem in vielen Bereichen Wunsch-dir-was-Haushalt. Sparsamkeit spielt darin sowieso nur eine untergeordnete Rolle. Hauptsache für die Landesregierung ist die freudige Mitteilung, die Mittel für den sogenannten Klimaschutz versiebenfacht zu haben.

Irgendwelche Plausibilisierungen, irgendwelche Erfolgskontrollen, irgendwelche Messgrößen, an denen man festmachen könnte, dass Sie Ihren Zielen näherkommen, sucht man als Leser vergeblich. Wir sehen aber mehr Mittel – mehr finanzielle Mittel, die unsere Bürger mit ihren Steuern erarbeiten müssen. Die müssen geradezu zwanghaft ausgegeben werden, das Ganze natürlich eingebettet in eine weitere enorme Aufstockung des Personals.

Was Sie tun, ist das, was die Sozialisten, mit denen Sie ja offenbar einträchtig die letzten Wochen zusammengesessen haben, am liebsten tun.

(Lachen von der SPD)

Es ist immer das gleiche Heilsversprechen, das ausgesprochen wird: Jetzt müssen wir große Mühen auf uns nehmen, es wird nicht einfach, da müssen wir durch. Aber dann, wenn wir das alles auf uns genommen haben, erwartet uns eine großartige Zukunft.

Der Blick auf die Wirklichkeit stört solch hochfliegende Pläne dann auch nur. Die Wirklichkeit ist offenbar einfach zu grau, zu ernüchternd, als dass es politische Freude bereiten würde, sich mit ihr zu beschäftigen.

Denn die Wirklichkeit in Nordrhein-Westfalen sieht so aus: In den einschlägigen Ruhrgebietsstädten herrscht wie schon in den Vorjahren überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenquote liegt mit 6,9 % wie im Vorjahr über dem Bundesdurchschnitt. Es gibt eine verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit. 240.000

von 688.000 Arbeitslosen sind Ausländer, also knapp 35 %. Nordrhein-Westfalen verliert fortlaufend Bewohner an andere Bundesländer.

Auch Ihr immer wieder gestellter Anspruch an sich selbst, NRW solle das Industrie- und Energieland Nummer eins sein, ist ein Trugschluss. Denn im Industrie- und Energieland Nummer eins sollten ja wohl dann auch die besten Löhne und Gehälter gezahlt werden. Aber auch da, wie schon in den Vorjahren, stagniert Nordrhein-Westfalen irgendwo im Mittelfeld der Bundesländer.

So gesehen ist es kein Wunder, dass Sie uns immer wieder die rosa angemalte Zukunft schmackhaft machen wollen, weil keinerlei Erfolge aufzuweisen sind, was Sie durch Ihre Regierungstätigkeit in den letzten vier Jahren wirklich an Qualitätsverbesserung der Lebenswirklichkeit geschafft haben.

Ja, Sie haben ein schweres Erbe übernommen. Das streite ich nicht ab. Das Erbe, das Sie übernommen haben, heißt Strukturwandel. Obwohl der über Jahrzehnte mit viel Geld und vielen guten Absichten begleitet wurde, ist das Ergebnis so, wie ich es eben beschrieben habe: seit Jahren schlechte Zahlen.

Anstatt hier tätig zu werden, fällt Ihnen nichts anderes ein, als auf einen ersten misslungenen Strukturwandel den zweiten zu packen. Der allerdings trifft nicht nur eine Industrie, nicht nur eine Branche ins Mark, nein, dieser Strukturwandel geht einfach flächendeckend über alles: Energieerzeugung, Automobil, Stahl, Verkehr. Alles soll mal eben energiegewendet werden.

Das Ende ist absehbar: Massen von Arbeitnehmern werden ihre Arbeit verlieren. Sie werden keine neuen Arbeitsplätze schaffen, nicht in nennenswertem Maße. Aber Geld wird dabei in allen möglichen Varianten verbrannt, sei es mit den nächsten unzähligen EFRE-Programmen oder sei es aktuell mit den kleinen und großen Programmen und Projekten, die nur bei denjenigen für Arbeit sorgen, die sie sich ausdenken und die sie dann auch verwalten. Am Zustand, an der Lage von Oberhausen, Gelsenkirchen, Marxloh und wie sie alle heißen werden sie nichts ändern. Dort trifft weiterhin die Wirklichkeit auf die Wünsche Ihrer Regierung. Und die Wirklichkeit verliert.

Wir werden den Einzelplan ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Strotebeck. – Jetzt spricht für die Landesregierung Herr Minister Professor Dr. Pinkwart.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich sehr, hier heute zum Einzelplan 14 sprechen zu

dürfen. Es ist angeklungen: Was war vorher? Was war nachher?

Ich würde Ihnen seitens der Opposition sehr empfehlen, mal auf das zu schauen, was jetzt in Berlin beschlossen worden ist. Das machen wir hier seit Sommer 2017, was Wirtschaft und Klimaschutz anbetrifft. Wir haben nämlich die Blockade, die Sie über Jahre in Nordrhein-Westfalen gepflegt haben, aufgelöst, indem wir Wirtschaft, Energie und Klimaschutz mit Innovation und Digitalisierung in einem Ressort zusammengefasst haben, indem wir eine Entfesselung für die Unternehmen machen, damit schneller geplant und genehmigt werden kann, damit der Klimaschutz schneller vorankommt, als es sonst möglich gewesen wäre, und damit Wachstum und Arbeitsplätze entstehen können.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Lieber Herr Sundermann, Sie haben die Zahlen irgendwie herausgekratzt, wenn ich das – Entschuldigung – so salopp sagen darf. Das können Sie wirklich nachlesen; die Zahlen sind jetzt amtlich. Sie wissen, die Landesstatistik ist immer nachlaufend. Da hat auch mein Amtsvorgänger ein bisschen Pech gehabt, weil die kurzfristige Betrachtung für Nordrhein-Westfalen immer ungünstiger ist als die nachlaufende Bestätigung der Zahlen. Das läuft über zwei, drei Jahre, und dann sind sie irgendwann amtlich.

Fakt ist: Selbst diese amtlichen Zahlen Ihrer Regierungszeit, die jetzt seit einiger Zeit vorliegen, zu 2011 und 2016 – die amtlichen; die werden sich nicht mehr verändern –, zeigen, dass das Wachstum in Nordrhein-Westfalen in Ihren Regierungszeiten jährlich im Durchschnitt um 0,6 % unter dem Bundesdurchschnitt verlief.

Seit 2018 wächst Nordrhein-Westfalen wieder über dem Bundesdurchschnitt, und zwar mit durchschnittlich 0,2 Prozentpunkten. Wenn Sie das zusammenrechnen, dann sehen Sie: Nordrhein-Westfalen wächst im Vergleich zu Ihrer Zeit wieder stärker, nämlich um 0,8 Prozentpunkte. Wir schließen also eine Wachstumslücke, die Sie hinterlassen haben.

Dass das tatsächlich eine Wirkung für die Menschen im Land hat, und zwar eine sehr positive Wirkung, kann man am besten am Arbeitsmarkt ablesen. Herr Untrieser hat es schon gesagt: Seit 2017 – das ist auch die amtliche Statistik – gibt es über 400.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze mehr in Nordrhein-Westfalen, auch im Ruhrgebiet, auch in anderen vom Strukturwandel betroffenen Regionen. Da zeigt sich: Gute Wirtschaftspolitik ist immer noch die beste Sozialpolitik, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Es geht darum, dass wir gute Rahmenbedingungen für die Unternehmen schaffen, natürlich auch für den Mittelstand.

Es geht aber auch darum, dass wir die Weichen für die Zukunft richtig stellen. Das heißt, wir müssen die Zukunftsthemen in Nordrhein-Westfalen viel stärker in Angriff nehmen und dahinein investieren. Das fängt bei der Forschung an, bei der Verantwortung von Frau Pfeiffer-Poensgen, wo so viel geschehen ist. Es geht weiter bei den Innovationsthemen. Und es geht dann auch um die konkrete Anwendung, um die Erweiterung vorhandener und die Ansiedlung neuer Unternehmen.

Ich kann für Nordrhein-Westfalen sagen – das belegen die Zahlen –: Nordrhein-Westfalen ist wieder vorne mit dabei. Wir sind wieder einer der starken Akteure in Europa. Das wollen wir fortsetzen. Dafür steht im Haushalt ein beträchtlicher zusätzlicher Ansatz, für den ich sehr dankbar bin. Der Einzelplan 14 weist für das nächste Jahr ein Volumen von 2,76 Milliarden Euro auf. Das sind 33 % mehr Mittel als im Jahre 2021.

Ich bin dem Finanzminister, aber auch dem Hohen Haus, dem Haushalts- und Finanzausschuss, sehr dankbar für die vielen Mittel, die wir im Rahmen des Nordrhein-Westfalen-Programms nutzen konnten, um für dieses Land beim Klimaschutz, bei den Innovationen, bei der Verbesserung der Rahmenbedingungen gezielt in die Zukunft zu investieren. Die volkswirtschaftlich vorliegenden Zahlen zu Wachstum und Beschäftigung zeigen: Das sind gute Investitionen, das sind nachhaltige Investitionen für den Standort Nordrhein-Westfalen.

Die Chemie hat in den letzten Jahren wieder hier investiert. Im hiesigen Automobilzulieferbereich funktioniert der Transformationsprozess. In Nordrhein-Westfalen werden die neuen Technologien gefördert und gezielt ausgebaut. Über die Digitalisierung werden wir noch reden, ob es Blockchain, 5G oder all die anderen Themen betrifft.

Hier haben wir Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren aus dem hinteren Feld in Deutschland und in Europa wieder nach vorne gebracht. Das macht den Unterschied aus, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Lassen Sie mich abschließend noch etwas zum Institut für Freie Berufe sagen. Herr Mostofizadeh, das ist doch doppelbödig. Einerseits sagen Sie, wir würden angeblich nicht genügend für Coronathemen tun. Andererseits halte ich hier fest – das gilt natürlich auch für das Handwerk, das gilt für alle Unternehmen, den Handel, aber gerade für die freien Berufe –:

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Ich habe doch gar nichts dagegen!)

Die Ärzte, die ärztlichen Fachkräfte, die Steuerberaterinnen und Steuerberater, sie alle haben uns doch in der Krise geholfen. Es waren doch die freien Berufe, die mit angepackt haben. Auch die freien Berufe stehen durch die Digitalisierung wie das Handwerk,

wie der Mittelstand in einem tiefgehenden Transformationsprozess.

Wenn wir uns der Themen annehmen und als Land Nordrhein-Westfalen mit dazu beitragen können, dass die freien Berufe zukunftsfest bleiben, dann sind wir doch in der nächsten Krise davor gefeit, in all den Bereichen wieder abzufallen. Es geht darum, mit den freien Berufen eine gute Zukunft zu finden. – Herzlichen Dank für Ihre freundliche Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Professor Dr. Pinkwart. – Das war die Aussprache zum Teil a) Einzelplan 14 – Wirtschaft.

Ich rufe nun auf:

b) Energie, Landesplanung

Dazu spricht für die SPD-Fraktion zunächst Herr Kollege Sundermann.

Frank Sundermann (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will beginnen – das ist vielleicht ungewöhnlich für eine Haushaltsdebatte –, indem ich dem Minister recht gebe. Es ist klug, Wirtschaft und Energie in einem Ministerium zusammenzufassen. Das ist eine kluge Entscheidung, die in Berlin getroffen worden ist. Die Herausforderungen, die durch die Transformation jetzt auf unser Land zukommen, kann man in dieser Konstellation gut und sicherlich besser lösen. Insofern halte ich das für eine gute Sache, die wir gemeinsam eingestiegt haben.

Wenn wir jetzt über den Einzelplan 14 und den Bereich „Energie“ sprechen, dann geht es natürlich um die Herstellung und die Bereitstellung von Energie. Aber wir sprechen nicht nur, was wir häufig machen, über Strom, sondern auch über die Bereitstellung von Energie im Bereich der Wärme und des Verkehrs. Damit verbunden geht es dann auch um die CO₂-Reduzierung sowie die aus meiner Sicht – so habe ich es identifiziert – größte gesellschaftliche Herausforderung, den Klimaschutz.

Wenn man diese Herausforderung meistern will, dann darf man – so ist zumindest meine Analyse – nicht nur auf die Fragestellung rund um die CO₂-Reduktion schauen, sondern muss auch die beiden anderen Seiten des energiepolitischen Dreiecks im Blick behalten, damit man es am Ende nicht nur physikalisch umgesetzt bekommt, sondern auch gesellschaftlich.

Das betrifft im Prinzip die Bezahlbarkeit, die aktuelle Diskussion rund um die CO₂-Bepreisung, aber auch das, was sich an den Tankstellen und zukünftig auch

bei der Heizkostenabrechnung abspielen wird. Es ist wichtig, dass wir uns dieser Fragen annehmen und das, was wir da aufsetzen, sozial gerecht und ausgewogen gestalten. – Das ist die zweite Seite.

Der dritte Punkt im energiepolitischen Dreieck ist das, was die Landespolitik tangiert: die Energieversorgung, die Versorgungssicherheit. Das haben Sie auch für sich identifiziert, indem Sie eine Energieversorgungsstrategie aufgelegt haben, die Sie jetzt überarbeiten. Diese Strategie hat den Zweck – sie heißt schon so –, die Energieversorgung in Nordrhein-Westfalen sicherzustellen, aktuell und auch in Zukunft.

Ich würde gerne gemeinsam mit Ihnen darauf schauen, wie Ihre Bilanz aussieht und wie wir das in Zukunft machen. Ich möchte das anhand von drei Beispielen aufgliedern:

Das Erste ist ein Thema, dessen wir uns hier gemeinsam angenommen haben, die Fragestellung zur Geothermie. Das war 2017 sicher einfacher als Anfang der 2010er-Jahre, als die ganze Diskussion um Fracking abgeebbt war. Wir haben uns gemeinsam des Themas „Geothermie“ angenommen.

Ich habe eine Zahl von der Agentur für Erneuerbare Energien in Nordrhein-Westfalen gefunden, Herr Professor Dr. Pinkwart. Die besagt im Prinzip, die installierte thermische Leistung von Tiefengeothermie ist von 2018 bis 2020 um 16 % gesunken. Da haben wir erst mal nichts erreicht.

Die zweite Sache, die ich ansprechen möchte, ist die Solarenergie. Da müssen Sie sich den Vorwurf gefallen lassen, dass Sie das größte Flächenpotenzial, nämlich die entsprechenden landwirtschaftlichen Flächen, die nicht so ertragreich sind, eben nicht genutzt haben. Vielleicht liegt Nordrhein-Westfalen auch deswegen auf dem letzten Platz der Flächenländer, wenn man sich die installierte Leistung der Photovoltaik, umgerechnet auf 1.000 Einwohner, anschaut.

Wenn Sie fragen, wie ich auf diese Parameter gekommen bin, dann kann ich Ihnen sagen: Schauen Sie mal in Ihren Antrag aus 2018, liebe Kollegen von CDU und FDP. Das ist genau der Parameter, den Sie damals aufgeworfen haben.

Der dritte Punkt, den ich ansprechen werde – das wird Sie nicht wundern –, ist die Windenergie. Eine Sache muss man, glaube ich, hier mal aussprechen. Von den Windrädern, die in den letzten vier oder fünf Jahren hier gebaut worden sind, beruhen die wenigsten – wahrscheinlich gar keines – auf dem Genehmigungshorizont, den Sie 2018 mit Ihrem Winderlass eröffnet haben.

(Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Das stimmt nicht! Nein!)

– Sie sagen doch selbst immer, das dauert im Prinzip fünf Jahre.

(Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Ja!)

Insofern passt das eben nicht.

(Dietmar Brockes [FDP]: Dann wären die Windräder, die Sie gebaut haben, unsere!)

Wir können mal darauf schauen, wie sich die Realisierungsdauer nach der Genehmigung entwickelt hat. Von 2017 bis 2020 ist dieser Zeitraum von 11 auf 27 Monate gestiegen. Sie werden sagen: Es gibt ein paar Begründungen dafür. – Das habe ich auch in der Antwort auf meine Kleine Anfrage gelesen. Aber von 2005 bis 2009 ist die Dauer auch gestiegen, und zwar von 15 auf 20 Monate. Man muss nicht böswillig sein, wenn man daraus ableitet, dass Sie mit Windenergie nicht ganz so viel am Hut haben, meine Damen und Herren.

(Vereinzelt Beifall von der SPD – Zuruf von Daniel Sieveke [CDU]: Alter, Alter! Meine armen Nerven!)

Beim Blick auf Energie haben wir die Ausstiegsdebatte und die Einstiegsdebatte. Beim Einstieg: Wie kriegen wir das, was wir vom Netz nehmen, ersetzt? Wenn wir auf den Ausstieg schauen, dann kann man bewerten: Wie administrieren Sie diesen Ausstieg? – Sie haben ihn ja nicht ausgelöst. Sie können ihn kaum gestalten, Sie können ihn nur administrieren. Man wird sicherlich an der einen oder anderen Stelle noch diskutieren müssen, ob Sie qualitativ administrieren.

Den Einstieg in den Ersatz, also den Ausbau erneuerbarer Energien, kriegen Sie nicht organisiert. Ihre Entsorgungsstrategie läuft deswegen ins Leere. Auch vor dem Hintergrund lehnen wir diesen Haushalt ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Sundermann. – Jetzt spricht Herr Dr. Untrieser für die CDU-Fraktion.

Dr. Christian Untrieser (CDU): Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch in den Bereichen „Energiewende“ und „Klimaschutz“ haben wir erstaunliche Zahlen im neuen Haushalt. Im Vergleich dargelegt: Es sind jetzt 348 Millionen Euro. Das ist eine Verdoppelung. Wenn man schaut, was bei der rot-grünen Landesregierung im letzten Haushalt vorhanden war, dann sprechen wir von 24 Millionen Euro. Diese Landesregierung legt also eine Vervierzehnfachung der Mittel im Bereich „Klima- und Energiewende“ vor.

Sie sagen ja immer, das sind Geldmittel, die verschwinden und gar nichts bringen.

Konkretes Beispiel: Elektromobilität. Im Jahr 2020 gingen 82 Millionen Euro in den Bereich, im Jahr 2021 waren es noch mal 86 Millionen Euro für „Emissionsarme Mobilität“ bei progres.nrw. Seit 2017 wurden mit diesen Mitteln in Nordrhein-Westfalen unter anderem 9.800 öffentlich zugängliche und 64.000 private und betriebliche Ladestationen gefördert. Das war ein enormer Aufbau von Elektromobilität. Das sind Zahlen, die aus diesem Haushalt kommen, und das kommt vor Ort an.

Thema „Wasserstoff“: Die Titelgruppe 74 „Wasserstoff – Energieträger der Zukunft – Kofinanzierung“ ist neu. Fast 15 Millionen Euro geben wir in diesen Haushaltsplanansatz. Wenn man sich anschaut, was wir insgesamt aus europäischen Mitteln, aus Bundes- und Landesmitteln an Geld bekommen können, dann reden wir von 1,7 Milliarden Euro angemeldeten Fördermitteln, die ins Land Nordrhein-Westfalen fließen. Hier geht es mit der Wasserstoffindustrie richtig voran, und das ist auch gut so.

Zu den regulären Haushaltsmitteln in den Jahren 2020 bis 2022 gehen noch mal 227 Millionen Euro aus Coronamitteln in die Bereiche „Energiewende“ und „Klimaschutz“. Wir sind damit finanziell auf einem sehr guten Weg.

Meine Damen und Herren, Nordrhein-Westfalen ist Industrie- und Energieland, und wir wollen es bleiben. Diese Beständigkeit gelingt vermutlich nur durch Wandel. Im Jahr 2016 stammten noch zwei Drittel unseres Stroms in Nordrhein-Westfalen aus Kohle. Wir alle wissen, dass dieses Kapitel endet, egal, ob es ein bisschen früher oder später sein wird. Aber Nordrhein-Westfalen geht beim Kohleausstieg deutlich voran.

Bis 2028 schultert das Rheinische Revier alleine den deutschen Braunkohleausstieg. Alle stillzulegenden Kraftwerkskapazitäten sind hier in Nordrhein-Westfalen; zumindest sind das die bisherigen Zahlen. Ich bin gespannt, was vielleicht noch Neues kommt. Bis 2030 wären das zwei Drittel des Braunkohleausstiegs in Deutschland. 13 von 16 Braunkohleblöcken in Nordrhein-Westfalen sollen bis 2030 abgeschaltet werden. Wie gesagt, vielleicht gibt es neuere Entwicklungen.

Der Tagebau Hambach, den Sie noch deutlich größer haben wollten, wird mit unserer neuen Leitentscheidung jetzt deutlich kleiner gemacht. Insgesamt bleiben 1,2 Milliarden Tonnen Braunkohle im Boden.

Auch beim Steinkohleausstieg geht es in Nordrhein-Westfalen voran. Die Hälfte der bisher angemeldeten 8,4 GW liegen in Nordrhein-Westfalen. Das bedeutet, es gehen bis Ende 2022 insgesamt 7 GW Kohleleistung in Nordrhein-Westfalen vom Netz. Das ist

ein gewaltiger Beitrag für den Klimaschutz, den dieses Land leistet.

Für uns ist aber auch wichtig: Wir lassen die Menschen in den Revieren nicht im Stich. Wir helfen bei der Transformation. Deswegen finden sich im Haushalt unter anderem 160 Millionen Euro für das Strukturstärkungsgesetz Kohleregion, also für die Kofinanzierung von Bundesprogrammen. Insgesamt sprechen wir über eine Summe von 10 Milliarden Euro, die in das Rheinische Revier fließt, um diesen Strukturwandel zu gestalten. Das ist besonders wichtig.

Herr Sundermann, Sie haben es angesprochen: Wir müssen selbstverständlich in den Wandel einsteigen, was wir in Nordrhein-Westfalen auch tun. Beim Windenergieausbau waren wir im Jahr 2020 auf Platz eins im Bundesländervergleich, bei der Photovoltaik auf Platz drei. Im ersten Halbjahr 2021 waren wir mit 154 MW installierter Windenergie auch wieder in der Spitzengruppe, nämlich auf Platz drei.

Sie haben es gerade angesprochen, und auch von den Grünen kommt immer der Vorwurf, das seien schon längst genehmigte Anlagen. Ich habe mir einmal die Genehmigungslage vom ersten bis zum dritten Quartal des Jahres 2021 angeschaut – das ist schon abgerechnet –, nämlich die Zahlen der Fachagentur Windenergie:

In Nordrhein-Westfalen sind 126 genehmigte Windenergieanlagen zu verzeichnen; das ist Platz zwei. Nur Schleswig-Holstein mit 153 genehmigten Anlagen liegt weiter vorn. Schauen wir uns den Bundesländervergleich an:

(Frank Sundermann [SPD]: Wann sind die denn beantragt worden? Das ist doch die entscheidende Frage!)

Baden-Württemberg – übrigens mit einer grünen Umwelt- und Energieministerin – hat 7 genehmigte Anlagen, Thüringen mit einer grünen Ministerin für Umwelt und Energie 26 genehmigte Anlagen, Rheinland-Pfalz mit einer grünen Umweltministerin 29 genehmigte Anlagen, Bayern 6, Hessen mit einem grünen Umweltminister 37 Anlagen und Sachsen-Anhalt mit einer grünen Umweltministerin 26 genehmigte Anlagen.

In Nordrhein-Westfalen sind in diesem Jahr so viele Genehmigungen für Windkraftanlagen erteilt worden wie in Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Thüringen und Sachsen-Anhalt zusammen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ganz herzlichen Dank an die fleißigen Damen und Herren in den Genehmigungsbehörden für die engagierte und erfolgreiche Arbeit für die Energiewende. Das zeigt, dass Ihr Vorwurf, hier würde nichts vorankommen, falsch ist.

Ich habe dem Koalitionsvertrag gestern entnommen, dass Sie bei Planung und Genehmigungen noch einmal beschleunigen wollen. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Wir sind an Ihrer Seite, denn wir sind uns einig, dass die Errichtung von Anlagen zur Gewinnung von erneuerbaren Energien, aber auch viele andere Infrastrukturprojekte schneller gehen müssen. Hier brauchen wir mehr Tempo.

(Beifall von der FDP)

Lasst uns gemeinsam an einem Strang ziehen. Neben diesen Zahlen haben wir in Nordrhein-Westfalen das industriepolitische Leitbild, die Energieversorgungsstrategie und die Wasserstoff-Roadmap. All das sind wichtige strategische Weichenstellungen in diesem Land, um die Zukunft gemeinsam zu gestalten.

Insofern bitten wir auch hier noch einmal um die Zustimmung zu diesem Haushaltsplan. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Dr. Untrieser. – Nun spricht Frau Brems für die Grünen.

Wibke Brems^{*)} (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn man sich Reden, Pressemitteilungen und Verkündungen der Landesregierung oder heute auch von CDU und FDP ansieht, könnte man meinen, man sei in Nordrhein-Westfalen im Klimaschutzhimmel.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Ja!)

Das Einzige, was sich in den vergangenen vier Jahren wirklich verändert hat, ist Ihre Rhetorik; das lasse ich Ihnen. Ihre Rhetorik ist klimafreundlicher geworden, aber das Handeln diese Regierung eben nicht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Nehmen wir als Beispiel das NRW-Klimaschutzgesetz. Darin haben Sie nicht die Grundlagen dafür gelegt, dass die Ziele auch erreicht werden können. Sie haben keine konkreten Maßnahmen beschlossen und sich nicht einmal sektorspezifische Ziele gesetzt. Der Kohleausstieg wird von Berlin vorangetrieben, und die Windenergie bremsen Sie aus.

Sie spekulieren an unterschiedlichen Stellen darauf, dass wir beispielsweise die Ziele in Nordrhein-Westfalen ohne Ihr Zutun einfach erreichen. In den vergangenen Jahren hat das auch mal geklappt, aber das alles ist eben keine verantwortungsvolle Klimaschutzpolitik. So geht es nicht weiter.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dabei gäbe es so viele Möglichkeiten, den Klimaschutz auf Landesebene zu unterstützen. Ich möchte

Ihnen noch einmal unsere Studie ans Herz legen, in der wir haben untersuchen lassen, wie Nordrhein-Westfalen auf den 1,5-Grad-Pfad kommen kann; dort sind wirklich konkrete Maßnahmen hinterlegt.

Auch im Haushalt wäre es dringend nötig, nicht nur große Nebelkerzen zu zünden, sondern konkrete Veränderungen zu erreichen. Die Etablierungen beim Klimaschutz, für die Sie sich heute so feiern lassen, kommen den genannten Bereichen so gut wie gar nicht zugute, denn sie fließen fast vollständig in den Strukturwandel im Rheinischen Revier.

Ich möchte noch einmal betonen, dass dieser Strukturwandel und die Mittel dort sehr wichtig und richtig sind – insbesondere vor dem Hintergrund, dass der Kohleausstieg beschleunigt wird. Diese Klimaschutzmittel bringen aber nicht den Klimaschutz im ganzen Land voran.

In den Kommunen wird der Klimaschutz konkret. Diese Landesregierung will beim kommunalen Klimaschutz keinen einzigen Euro mehr bereitstellen. Wir fordern daher 250 Millionen Euro mehr für Investitionen.

Eine Studie von Agora Energiewende zu den öffentlichen Investitionsbedarfen für die Erreichung des Klimaziels kommt zu dem Ergebnis, dass deutschlandweit allein 170 Milliarden Euro an kommunalen Investitionen bis 2030 notwendig sind.

Rechnet man das nach dem Königsteiner Schlüssel auf NRW pro Jahr um, kommen wir auf 3,5 Milliarden Euro. Mit Blick auf unsere 250 Millionen Euro hätten wir gerade mal eine Landesförderquote von weniger als 10 %. Die Kommunen würden sich sicherlich noch mehr wünschen.

Damit das alles umgesetzt werden kann, brauchen die Kommunen Unterstützung bei den Klimaschutzkonzepten und beim Personal. Daher fordern wir die Landesregierung auf, die Förderung der Bundesregierung für Klimaschutzmanager*innen und Klimaschutzkonzepte zu verstetigen.

Nur so kann das Personal für kommunalen Klimaschutz, das diese Fördermittel abrufen soll, auch dauerhaft gehalten werden. Damit können wir endlich flächendeckend den Klimaschutz erreichen und nicht nur schöne Leuchttürme errichten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Minister Pinkwart, Sie sind Wirtschaftsminister, aber aus meiner Sicht haben Sie den Kontakt zur Industrie und zur Wirtschaft verloren.

(Lachen von der FDP)

Wenn ich mit der Industrie spreche, dann höre ich, man erwartet schnellere Verfahren, erneuerbare Energien – das, was Sie hier nicht tun – und klare Rahmenbedingungen von Bund und EU sowie eine Unterstützung durch die Landesregierung. Sie

können nicht einerseits davon reden, NRW zur ersten klimaneutralen Industrieregion in Europa machen zu wollen, andererseits aber so gut wie keine Unterstützung für solche Investitionen anbieten.

Sie haben 15 Millionen Euro für Wasserstoff bereitgestellt, was ehrlich gesagt ein Witz ist, und 7 Millionen Euro mehr für Energieforschung. Das ist unglaubwürdig. Deswegen haben wir beantragt, weitere 250 Millionen Euro für Investitionen in klimaneutrale Industrie bereitzustellen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Mit dem Förderprogramm progres.nrw werden wichtige Aspekte gefördert. Wir sind ja einer Meinung, dass da viel passieren muss. Sie kündigen groß an, dass 200 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden sollen, aber im Haushalt gibt es dafür ausschließlich 30 Millionen Euro. Daher haben wir einen Antrag dazu gestellt, dass diese Mittel auf 200 Millionen Euro erhöht werden müssen. Damit ist auch die Aufforderung verbunden, dass Sie für Transparenz sorgen müssen, wenn das Geld an anderer Stelle irgendwo bereitgestellt wird bzw. Sie es von woanders organisieren. Dann wäre es auch wirklich transparent dargestellt.

Mit unseren Haushaltsanträgen würde den hohlen Ankündigungen dieser Landesregierung Substanz folgen. CDU und FDP aber haben unsere Anträge abgelehnt, und damit bleiben sie bei einem ganz typischen Regierungs-Oppositions-Spiel – dies ist natürlich verständlich –, aber Sie zeigen damit auch, dass es Ihnen mit dem Klimaschutz längst nicht so ernst ist, wie Sie immer behaupten.

(Beifall von den GRÜNEN – Lachen von Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Brems. – Nun hat Herr Brockes das Wort für die FDP-Fraktion.

Dietmar Brockes^{*)} (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Brems, Ihre Rede ist leider sehr berechenbar, da Sie immer dieselben Argumente anbringen.

(Zuruf von Dietmar Bell [SPD]: Das ist unnötig!)

Sie versuchen stets zu suggerieren, dass Nordrhein-Westfalen nichts für den Klimaschutz tun würde und als würden wir uns im Klimaschutzhimmel bewegen. Dabei sprechen die Fakten nun wirklich und ganz deutlich eine andere Sprache.

(Jochen Ott [SPD]: Vielleicht hätten wir ihre Rede vorher aufschreiben sollen!)

– Herr Kollege Ott, schön, dass Sie auch mal versuchen, an einer Debatte über Wirtschaftspolitik teilzunehmen.

(Jochen Ott [SPD]: Vielleicht kann ich nachher noch etwas dazu sagen!)

Wir in Nordrhein-Westfalen zeigen, dass wir uns schon auf einem guten und ambitionierten Weg befinden.

(Lachen von der SPD)

Wir haben in Nordrhein-Westfalen seit 1990 bereits 45 % CO₂-Minderung erreicht. Als größtes und stärkstes Industrieland, das sehr viel Energie verbraucht, liegen wir hierbei noch vor dem Bund und vor anderen ebenfalls industriell geprägten Bundesländern.

(Beifall von der FDP)

Dies zeigt, dass wir hier auf dem richtigen Weg sind. Ich hoffe, dass wir bei den ambitionierten Zielen, die wir auf Bundesebene noch mal oben draufgesetzt haben, weiterhin so ambitioniert vorangehen, aber auch, dass die anderen Bundesländer mit ähnlichen industriellen Strukturen endlich folgen werden.

Die Energiewende und die Transformation zu einer klimaneutralen Industrie stellen uns nämlich vor riesige Herausforderungen. 10.000 Industriebetriebe in Nordrhein-Westfalen mit einem Umsatz von 350 Milliarden Euro brauchen hier beste Unterstützung, und diese erhalten Sie durch den vorliegenden Haushaltsplanentwurf.

Wir haben bereits 2017 mit dem Modernisierungskurs begonnen, den wir im kommenden Jahr fortsetzen werden. Wir investieren in die Schwerpunkte Digitalisierung, Klimaschutz, Wasserstoff, Innovationen und in Schlüsseltechnologien. Seit 2017 haben wir die Haushaltsmittel für Klimaschutz mehr als verdreifacht. Im Haushaltsjahr 2022 haben wir diesen Trend noch einmal verstärkt.

Dies sind die Fakten, Frau Kollegin Brems, an denen Sie sich orientieren sollten: Wir stellen insgesamt Mittel in Höhe von 348 Millionen Euro zur Verfügung und wissen im Gegensatz zu Ihnen, wie wir sie gegenfinanzieren.

(Beifall von der FDP)

Unser Ziel ist daher klar: Wir als NRW-Koalition wollen zum modernsten und klimafreundlichsten Industriestandort Europas werden. Dieser Haushalt ist ein deutliches Zeichen dafür, dass wir es damit auch ernst meinen. Ich möchte dies an einigen Beispielen deutlich machen.

Die neue Landesgesellschaft NRW.Energy4Climate wird auf allen Ebenen zusätzliche Mittel mobilisieren und Klimaschutzmaßnahmen schneller möglich machen. Förderprogramme, emissionsarme Mobilität, Klimaschutztechnik, kommunaler Klimaschutz und Innovation werden ausgebaut und fortgesetzt. Damit

fördern wir die Energiewende und den Klimaschutz in der kompletten Breite.

Die Förderung von Photovoltaikanlagen wird 2022 noch weiter ins Rollen kommen. Dies gilt sowohl für Freiflächen-PV, Agri-PV, Floating-PV und Speicher sowie für PV auf kommunalen Gebäuden. Auch hier sind einige Maßnahmen bereits auf dem Weg. Die derzeitige Roadshow für PV auf Gewerbegebäuden sorgt dafür, dass wir in dieser Sache deutlich stärker vorangehen, als es in der Vergangenheit noch der Fall war, und das ist auch gut so.

Für die klimaneutrale Transformation ist der Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft von zentraler Bedeutung. Nordrhein-Westfalen ist hier sehr gut aufgestellt. Wir sind auf dem besten Weg, zur Wasserstoffmodellregion in ganz Europa zu werden. Ohne Wasserstofftechnologie ist nämlich das Ziel einer klimaneutralen Wirtschaft nicht erreichbar.

Der Haushalt setzt deshalb auch hier deutliche, ambitionierte Ziele, um dies zu erreichen; zum Beispiel mit der gezielten Förderung von hoch innovativen Projekten, die als Blaupause für die Massenanwendung dienen können.

Neben der Kofinanzierung großer Projekte im Rahmen des europäischen Wasserstoff-IPCEI in Jülich und Duisburg stärkt die Landesregierung auch regionale Initiativen, die mit einem Bottom-up-Ansatz die Wasserstofftechnologien vor Ort unterstützen.

Ich komme zum Schluss. Für den erfolgreichen und zügigen Umbau zu einer klimaneutralen Industrie sind unkomplizierte und einfache Planungsmöglichkeiten und Genehmigungsverfahren der Schlüssel. Im Bereich der Landesplanung haben wir mit dem neuen Landesentwicklungsplan und dem neuen Landesplanungsgesetz alle Grundsteine dafür gelegt, Planungsprozesse zu beschleunigen und deutlich zu vereinfachen. So möchte es ja auch die Koalition in Berlin.

Der Weg zu einer intelligenten Flächennutzung durch Standardisierung von Dateiformaten, Nutzung von Satellitendaten, Flächenzertifikathandel und durch den Einsatz von KI ist eröffnet. Damit können wir Netzausbau, Energiewende und die Transformation zu einer klimaneutralen Industrie weiter voranbringen. Dies ist der richtige Weg, den wir mit diesem Haushalt weiterverfolgen. – Vielen Dank, für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP, Dr. Christian Untrieser [CDU] und Christina Schulze Föcking [CDU])

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Brockes. – Jetzt spricht Herr Strotebeck für die AfD-Fraktion.

Herbert Strotebeck (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch im Bereich „Energie- und Landesplanung“ driften Wunsch und Wirklichkeit auseinander.

Der neue CDU-Minister, Herr Wüst, hat ja

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Ministerpräsident Wüst!)

seine Antrittsrede sofort zu einer Demutsgeste den Grünen gegenüber genutzt. Der Kohleausstieg, so führte Herr Ministerpräsident Wüst aus, solle jetzt sogar schon im Jahr 2030 möglich sein. Das hat die Grünen natürlich sehr interessiert – uns auch.

Im Wirtschaftsausschuss in der letzten Woche danach gefragt, gab Ihr Staatssekretär recht kleinlaut zu bedenken: Nun, am Vortag beispielsweise sei eine Leistung von rund 70 Gigawatt aus dem Stromnetz abgerufen worden, aber es sei ja November: ein bisschen trüb, wenig Wind. – Da haben Wind und Solar nun einmal nur 1 Gigawatt Leistung liefern können; 1 Gigawatt, meine Damen und Herren!

Ja, Herr Ministerpräsident – er glänzt durch Abwesenheit –, so sieht es aus, wenn die Wirklichkeit auf Ihre Energiewendewunschwelt trifft.

Halten wir fest: Die Landschaft verschandeln Windindustrieanlagen und Solarwüsten. Sie liefern nur ein Siebzigstel des Bedarfs, soweit die Wirklichkeit.

Ihr Wunsch: Ende des nächsten Jahres ist Schluss mit Kernkraft, und in acht Jahren soll dann Schluss mit Kohle sein. Besonders interessant: Die EU stuft die Kernkraft ganz aktuell als grüne Technologie ein. Und wir schaffen sie ab – Absurdistan pur!

Die Lösung ist jetzt ganz einfach. Rund 32.000 Windindustrieanlagen verschandeln jetzt schon die Republik, aber offenbar brauchen Sie ja 70 Mal so viele. Das macht über 2 Millionen Stück.

Ich komme Ihnen an einer Stelle ein Stück entgegen. Nehmen wir nur 1 Millionen Anlagen. Das macht pro Quadratkilometer Bundesrepublik drei Stück. Ich habe es einmal für Herrn Ministerpräsident Wüst nachgesehen. Sein Wahlkreis Borken beispielsweise hat eine Fläche von 380 km². Hat er seinen Wählern wohl schon erklärt, dass da tausend Windräder hinkommen müssen? Und wenn nicht, warum nicht? – Ich meine, wir wissen es alle.

(Zuruf von der FDP: Weil es nicht wahr ist!)

Aber es ist eben mit dem Wunsch und der Wirklichkeit so eine Sache. Der Kleber, mit dem Wunsch und Wirklichkeit verbunden werden, ist leider die ganz alltägliche unaufrichtige Augenwischerei. Jeder kann ausrechnen, dass Sie völlig unrealistischen Unsinn planen. Weil Sie das durchaus auch selber wissen, muss irgendwo ein Ausweg her. Bis vor Kurzem waren noch Windkraft und Photovoltaik die Lösung aller

Probleme, die Sie mit der Energiewende selbst geschaffen haben. Jetzt soll der Wasserstoff es retten.

Der Clou dabei: Ihre Windräder und Solarflächen, die Sie jetzt schon verzehn- oder verzwanzigfachen könnten, würden niemals zu einer ausreichenden Stromversorgung führen. Diese Windräder und Solarflächen sollen dann aber auch noch für die Energie sorgen, die für die Herstellung des Wasserstoffs benötigt wird. Da der Platz für all die Windräder und Solarmodule, die man zur Herstellung des Wasserstoffs benötigt, nicht reicht, soll er importiert werden. Was sagt das Forschungszentrum Jülich dazu? – Sonst müsste man in jedes Dorf ein Windrad stellen und auf jede Grenze ein Solarfeld, so das Forschungszentrum Jülich bei der Vorstellung der Wasserstoff-Roadmap Ihrer Landesregierung vor fast genau einem Jahr.

Rund 85 % des benötigten Wasserstoffs sollen importiert werden, getreu dem Motto: Erdgas kaufen in Russland? – Igitt. Wasserstoff in Russland kaufen, ist dagegen die Zukunft.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Bei eurem Freund Wladimir!)

Ähnliches gilt für Länder wie beispielsweise Algerien und Marokko. Da werden Krisenregionen flugs zu sonnenreichen Regionen verklärt. Das hört sich viel freundlicher an, irgendwie nach Urlaubsland.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Da soll und kann dann auch der Wasserstoff herkommen. Dieser Wasserstoff soll dann unter anderem bei der Herstellung von Stahl eingesetzt werden. Das wird die Tonne um 250 Euro verteuern. Wahrscheinlich ist dann der so erzeugte Stahl deshalb CO₂-neutral, weil ihn keiner mehr kauft.

Der Stahlrohrhersteller Vallourec in Mühlheim und Düsseldorf mit 2.400 Beschäftigten verlässt bereits – ganz aktuell – NRW und geht aus Kostengründen nach Brasilien.

So geht also die Wasserstoffstrategie der Landesregierung denselben Weg wie die übrige Energiewende. Funktionierende Kernkraft- und Kohlekraftwerke werden zunehmend abgeschaltet, der jetzt schon regelmäßig fehlende Strom wird in Frankreich oder Polen gekauft. Relevante, leistungsfähige Speicher gibt es nicht. Derweil ist die Energie für die Bürger teuer wie nie und wird noch teurer.

Sie, Herr Minister, verabschieden sich immer weiter von einer sicheren inländischen Energieversorgung. Über all diese katastrophalen Fehler täuschen auch die unzähligen, ebenso teuren wie unnützen Projekte und Förderprogramme nicht hinweg, mit denen Sie Ihren Haushalt aufblähen.

Wir werden den Einzelplan ablehnen.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Strotebeck. – Jetzt hat Herr Professor Dr. Pinkwart als zuständiger Minister das Wort. Bitte schön.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Debatte zeigt: Wir haben es hier sicherlich mit großen Herausforderungen und der Transformation in unserem Land zu tun, gerade im Bereich der Energiepolitik, damit wir unsere Klimaziele, die wir uns im Klimaschutzgesetz Nordrhein-Westfalen vorgenommen haben, tatsächlich erreichen können. Wir sind das Energieland Nummer eins in Deutschland und auch in Europa. Deswegen kommen auf uns ganz besondere Anpassungsnotwendigkeiten zu.

Es ist nur so, Frau Brems, dass wir das sofort erkannt haben und seit dem Jahr 2017 damit begonnen haben, diese Herausforderungen für Nordrhein-Westfalen anzugehen. Ich freue mich über Ihre ergänzenden Haushaltsanträge, aber damit können Sie nicht darüber hinwegtäuschen, dass Sie, als Sie noch Regierungsverantwortung hatten, sowohl beim Kohleausbau als auch bei der Bereitstellung von Klimaschutzmitteln nicht das zwingend getan haben, was Sie in Ihrem Programm vorher verkündet haben und auch heute noch verkünden.

Die Klimaschutzausgaben bewegten sich zu Ihrer Regierungszeit in einer Größenordnung von 25 Millionen Euro. Wir haben sie in den letzten Jahren versiebenfacht. Herr Untrieser und Dietmar Brockes haben das noch einmal sehr schön deutlich gemacht. Jetzt werden diese Ausgaben noch einmal verdoppelt.

Dazu kann ich nur sagen: Gute Politik wird nicht an Ankündigungen und Anträgen von Oppositionsparteien gemessen, sondern daran, was man, wenn man regiert, auch tatsächlich tut. Da haben Sie leider einen erheblichen Nachholbedarf.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das ist in der Debatte auch noch einmal ganz deutlich geworden.

Das Klimaschutzgesetz Nordrhein-Westfalen würde ich an Ihrer Stelle, was die Jahresziele betrifft, nicht mehr ganz so kritisch beleuchten. Ich zitiere – mit Genehmigung des Präsidenten – aus dem Koalitionsvertrag, den Ihre Partei in Berlin mitverhandelt hat:

„Die Einhaltung der Klimaziele werden wir anhand einer sektorübergreifenden und analog zum Pariser Klimaabkommen mehrjährigen Gesamtrechnung überprüfen.“

(Zuruf von Frank Sundermann [SPD])

Dazu muss ich ganz ehrlich sagen: Das ist genau die Zielsetzung, die wir in Nordrhein-Westfalen schon

längst verfolgen und die auch richtig ist, weil wir die Dinge auch so sektorscharf planen können. Aber in der Umsetzung müssen wir immer sehen, dass sich Sektoren unterschiedlich entwickeln können, unsere Ziele aber dennoch mittel- und langfristig erreicht werden, wenn man es strategisch richtig aufsetzt.

Außerdem möchte ich etwas dazu sagen, was sich bei den Erneuerbaren getan hat. Bei der Fotovoltaik hatten wir 2016 in Nordrhein-Westfalen 170 Megawatt, jetzt haben wir allein im dritten Quartal 2021 490 Megawatt erreicht. Das heißt, wir haben in diesem Jahr dreimal mehr Fotovoltaik aufgebaut, als unter Ihrer Regierung im ganzen Jahr errichtet worden ist. Wir haben bei der Fotovoltaik – wir wissen, wir sind nicht ganz so sonnenreich wie unsere südlichen Nachbarn in Bayern und Baden-Württemberg – schon in diesem Jahr sogar Baden-Württemberg überholen können.

Dies zeigt doch, dass unsere Kampagne für Fotovoltaik in diesem Land Früchte trägt und wir dabei gut vorankommen. Ich füge aber hinzu: Damit nicht genug. Wir werden uns noch weiter anstrengen müssen, bei der Fotovoltaik, beim Ausbau von Windenergie, bei der Geothermie und auch bei allen anderen Erneuerbaren.

Das, was wir uns im Klimaschutzgesetz vorgenommen haben und was auch der Ministerpräsident angekündigt hat – dass wir einen Beitrag dazu leisten wollen, dass wir in Nordrhein-Westfalen möglichst schon 2030 aus der Kohleverstromung aussteigen können –, wird noch viel mehr an Investitionen im Bereich der Erneuerbaren erfordern. Das werden wir nur schaffen, wenn wir Planungs- und Genehmigungsverfahren vereinfachen, wenn wir auch naturschutzrechtliche und andere Überprüfungen in den Blick nehmen und die Rahmenbedingungen so bauen, dass die Erneuerbaren in akzeptanzgesicherter Weise bei uns und deutschlandweit schneller zum Ausbau kommen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Und das wollen wir. Dazu stehen wir, und dazu stellen wir auch die Mittel im Haushalt bereit. Dazu leistet auch die Landesplanung, die auch Teil unserer Beratungen ist, einen ganz wichtigen Beitrag. Wir haben auch mit dem Landesentwicklungsplan sehr wichtige Beiträge geleistet, sodass wir auch schneller agieren können, auch bei der Anpassung der Braunkohleplanung, mit der Experimentierklausel und anderen Stellhebeln, um die Transformation schneller vorantreiben zu können.

Liebe Frau Brems, wenn Sie mir dann empfehlen, ich sollte als Wirtschaftsminister vielleicht auch einmal Gespräche mit der Industrie führen, dann finde ich das schon etwas witzig.

(Zuruf von Wibke Brems [GRÜNE])

Wenn nicht diese Regierung, welche vorherige hat sich mit der Industrie, 2017 beginnend, zum Klimaschutz, als es noch nicht en vogue war, dass sich die Industrie mit diesem Thema auseinandersetzt, in diesem Land zusammengesetzt und an den Zukunftsthemen gearbeitet? Etwa im Stahlbereich haben wir die Projekte in Richtung grüner Stahl vorangetrieben, mit Pilotprojekten, mit Reallaboren bei thyssenkrupp und anderem. Wir haben mit dieser Landesregierung IN4climate, die Wasserstoff-Roadmap und jetzt als erstes Land – vor der Bundesrepublik – auch eine Carbon Management Strategie vorgelegt, damit wir insgesamt zu einer klimaneutralen Industrie am Standort Nordrhein-Westfalen kommen können.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das entwickeln wir mit der Industrie und nicht gegen sie, wie Sie es in Ihrer Regierungszeit sehr lange getan haben. Wir waren diejenigen, die mit der Industrie und den Gewerkschaften ein industriepolitisches Leitbild für Nordrhein-Westfalen entwickelt haben. Wir wollen Nordrhein-Westfalen bis 2030 zum modernsten und klimafreundlichsten Bundesland, zur modernsten und klimafreundlichsten Wirtschaftsregion in Europa entwickeln. Wir haben alle Voraussetzungen, das zu tun. Diese Koalition hat das in den letzten viereinhalb Jahren weit vorangetrieben.

Herr Sundermann, zu Ihren einleitenden Formulierungen, ob es der letzte Etat ist oder nicht: Ich bin – nachdem ich schon einmal eine Legislaturperiode lang hier Verantwortung hatte und gesehen habe, was danach kam – sehr zuversichtlich, dass wir diese gute Arbeit für unser Land fortsetzen werden. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Prof. Dr. Pinkwart. – Das war die Aussprache zum Teil b) Energielandesplanung.

Ich rufe auf:

c) Innovation und Digitalisierung

Hier hat zunächst die SPD-Fraktion das Wort. Es spricht Frau Kollegin Kampmann.

Christina Kampmann (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! An finanziellen Mitteln mangelt es nicht, wenn wir über Digitalpolitik sprechen. Fraglich ist nur, ob diese auch an den richtigen Stellen eingesetzt werden und in richtiger Relation zu dem stehen, was inzwischen schon erreicht wurde. An beidem haben wir Zweifel, und das möchte ich hier kurz darlegen.

Zum einen stellen wir fest, dass digitale Innovationen oft ökonomisch getrieben werden. Inzwischen gibt es zum anderen aber auch viele Akteure, die sagen: Wir möchten, dass digitale Innovationen auch sozial verstanden werden. Wir möchten digitale Innovationen auch im Bereich von sozialer Gerechtigkeit, von guter Bildung und digitaler Teilhabe an unserer Demokratie gestalten. Das sind die Wohlfahrtsverbände, Gründerinnen und Gründer im Bereich Social Entrepreneurship, es sind auch Akteure aus der digitalen Zivilgesellschaft. Wir hätten uns sehr gewünscht, dass auch in diesem Haushalt entsprechende Akzente gesetzt werden. Das haben Sie leider verpasst, und das ist aus unserer Sicht ein großer Fehler.

(Beifall von der SPD)

Aber auch im Hinblick darauf, was in Relation zu dem, was an Mitteln eingesetzt wurde, inzwischen erreicht worden ist, gibt es doch einige Dinge, die aufhorchen lassen. Aufhorchen lässt der Bericht des Landesrechnungshofes, der ganz klar sagt: Im Bereich der digitalen Verwaltung ist das nicht gelungen. Dort wurden zu viele Mittel für das eingesetzt, was erreicht wurde.

Aufhorchen lässt auch die Digitalstrategie. Dort wurden etwa 30 % der Ziele erreicht. Wir sind fast am Ende der Legislaturperiode, aber mehr als die Hälfte der Mittel wurde dafür schon verausgabt. Nun möchte ich einmal zitieren, was Sie vor fünf Minuten gesagt haben, Herr Prof. Pinkwart, weil ich schon weiß, was Sie gleich wieder sagen werden. Sie werden sagen: Ein Großteil der Ziele ist doch erst für die Zeit nach dieser Landesregierung, nach dieser Legislaturperiode geplant, wenn wir gar keine Verantwortung mehr haben.

Sie haben gerade gesagt, man dürfe sich nicht an Ankündigungen messen lassen. Aber Sie geben uns, Sie geben den Bürgerinnen und Bürgern ja überhaupt keine andere Chance. Wir können Sie an nichts anderem messen als an Ihren Ankündigungen, weil Sie einfach einen Teil der Erreichung der Ziele in die Zeit nach Ihrer Verantwortung legen. Das ist aus unserer Sicht ein großer Fehler,

(Beifall von der SPD)

und das hat auch keine Akzeptanz dieses Haushalts verdient.

Aber auch bei dem, was veranschlagt worden ist, sehen wir falsche Schwerpunkte. Wir wissen ja, was im nächsten Jahr wichtig werden wird. Wichtig wird vor allem, dass wir Glasfaser in die ländlichen Räume bringen. Die Gigabit-Koordinatoren machen in den Kommunen eine richtig gute Arbeit. Deshalb hätten wir uns gewünscht, dass die Mittel in diesem Bereich nicht nur stagnieren, sondern dass die Mittel aufgestockt werden, damit die Gigabit-Koordinatoren ihre gute Arbeit fortsetzen können.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Florian Braun [CDU])

Das wäre ein wichtiges Zeichen für die Kommunen, für den ländlichen Raum in Nordrhein-Westfalen gewesen.

Der nächste Punkt ist die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes. Wir wissen alle, dass das eine riesengroße Herausforderung für die Kommunen für das nächste Jahr sein wird; denn bis Ende 2022 müssen 575 Verwaltungsleistungen digitalisiert werden.

Auch in diesem Bereich stagnieren die Mittel. Da wäre eine Aufstockung dringend notwendig gewesen. Auch das haben Sie verpasst. Das ist ein falsches Zeichen, das von diesem Einzelplan ausgeht. Das stellen wir hier grundsätzlich infrage.

(Beifall von der SPD)

Wenn wir über Digitalpolitik in Nordrhein-Westfalen reden, dann bröckelt die Fassade.

(Lachen von Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie)

– So ist es, Herr Pinkwart.

Geschönte Zahlen, wenn wir über den Gigabit-Ausbau sprechen. Schulen, Unternehmen in Gewerbegebieten, aber auch Privathaushalte interessiert es nicht,

(Zuruf)

ob sie für die Landesregierung aufgrund von Planungsverfahren schon als erschlossen gelten oder wenn Sie sagen: Die Schulen müssen noch bis zur letzten Meile an den Glasfaseranschluss angeschlossen werden.

Die brauchen jetzt schnelles Internet als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Es hilft ihnen nicht, wenn Sie sagen: Die sind längst erschlossen. – Die können auf schnelles Internet, auf Glasfaser noch nicht zugreifen, und das ist ein großer Fehler dieser Landesregierung. Es hilft auch nicht, sich das Ganze schönzureden.

(Beifall von der SPD)

Insgesamt sagen wir, dass dieser Einzelplan zur Digitalpolitik in Nordrhein-Westfalen ambitionslos ist. Er versäumt, die richtigen Schwerpunkte zu setzen. Deshalb stimmen wir an dieser Stelle auch nicht zu und lehnen den Einzelplan ab. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kampmann. – Nun spricht für die CDU-Fraktion Herr Braun.

Florian Braun (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegin Christina Kampmann, wir als NRW-Koalition lassen uns nicht an Ankündigungen messen, sondern an unserer Bilanz, und die kann sich sehen lassen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Deswegen bin ich sehr froh darüber, dass wir heute darüber sprechen und das richtigstellen können.

Sie haben den Bericht des Landesrechnungshofes angesprochen. Seien Sie ehrlich zu sich selbst: Das ist vor allem auch eine Abrechnung mit Ihrer schlechten Vorarbeit.

Sie haben den Breitbandausbau angesprochen und wiederholen ständig die alte Leier von „zu wenig und zu langsam“, ohne sich die Mühe eines ernsthaften Realitätschecks zu machen. Sie verkennen, vielleicht auch bewusst, die kleinen und auch die großen Fortschritte, die wir in den letzten viereinhalb Jahren mit harter und stringenter Arbeit erreicht haben.

Es ist erst wenige Tage her – Sie werden sich auch erinnern –, da saßen wir zusammen auf einer Podiumsdiskussion in Köln. Sie monierten wieder einmal den schleppenden Breitbandausbau. Auf die Nachfrage des Moderators, wie man das denn besser machen könne: Stille.

(Christina Kampmann [SPD]: Das stimmt doch gar nicht!)

Warum ist das so? Weil wir in den letzten Jahren bereits step by step die Dinge verbessert haben – nicht mit einem großen Wurf, nicht mit einem lauten Knall, sondern mit einem Bündel an Maßnahmen, die innerhalb der Möglichkeiten unserer Landeskompetenzen liegen.

Als wir als NRW-Koalition, als Parlamentsbündnis vor viereinhalb Jahren die Verantwortung übernommen haben, hat das Land unter Rot-Grün noch nicht einmal gewusst, wie viele Gigabit-Anschlüsse in Nordrhein-Westfalen vorhanden sind. Nur vier Jahre später können wir auf 70 % Gigabit-Anschlüsse blicken.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Das ist ein ordentlicher Fortschritt. Das ist aber auch ein notwendiger Fortschritt, und wir sagen nicht: Da hören wir jetzt heute auf, weil wir uns mit 70 Prozent zufriedengeben. – Natürlich wollen wir auch weitermachen. Mit der Erhöhung der Landesfinanzierung, der Gigabit-Förderung von 305 Millionen Euro auf über 437 Millionen Euro, und auch mit einer Fortsetzung der Gigabit-Koordinatoren, deren Mittel – im Gegensatz zu dem, was hier eben gerade verkündet wurde – auf 4 Millionen Euro ebenfalls erhöht wurden, legen wir die Grundlage, um auch die restlichen 30 % in Angriff nehmen und eine weitere Dynamik in diesem Markt bringen zu können.

(Beifall von der CDU und Rainer Matheisen [FDP])

Damit arbeiten wir kontinuierlich weiter an einer Verbesserung der grundlegenden Infrastruktur, um die Digitalisierung auf den Netzen mit Leben zu füllen, und darauf will ich auch den Blick lenken.

Um Digitalisierung sinnvoll und nutzbringend für die Menschen, die Gesellschaft und die Wirtschaft zu entwickeln, sehen wir die Aufgabe unseres Landes darin, Innovationstreiber zu sein. Und ich sage Ihnen: Wir sind Innovationstreiber in diesem Land. Das heißt nicht, dass ich mir anmaße, dass uns Politikern der größte Erfindergeist innewohnt. Ich meine vier Punkte, denen auch durch den aktuellen Haushaltsplan besonders Rechnung getragen wird.

Erstens sind wir Innovationstreiber, denn wir machen Innovation innerhalb des eigenen Zuständigkeitsbereichs, also innerhalb der Verwaltung. Darauf legen wir einen Schwerpunkt mit unserem Haushalt, und zwar nicht zu knapp: mit 305 Millionen Euro für die digitale Verwaltung, davon rund 177 Millionen Euro für die Umsetzung des E-Government-Gesetzes.

Bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes – auch das ist gerade angesprochen worden – befindet sich NRW im Bundesvergleich auf einer Spitzenposition. Das digitale Bürgeramt ist keine schnöde Theorie, sondern Realität, das digitale Serviceportal für die Wirtschaft ebenso. Es verfügt mit über 70 digitalen Verwaltungsleistungen bereits seit Anfang des Jahres über ein ordentliches Portfolio, das wir weiter ausbauen. Das alles ist heute schon unter digital-direkt.nrw abrufbar.

Mit dem E-Government-Gesetz im letzten Jahr und mit dem Gesetz zur medienbruchfreien Digitalisierung, das momentan in der Diskussion ist, zeigen wir, dass wir Innovationen innerhalb unserer Zuständigkeiten umsetzen.

Zweitens sind wir Innovationstreiber, weil wir Innovation in der Wirtschaft fördern. Auch das wird durch den Haushaltsplan klar: Sage und schreibe vervierfacht wird der Ansatz zur Förderung von Innovation mit dem Transfer von Wissenschaft zu Wirtschaft auf 130 Millionen Euro für künstliche Intelligenz, vernetzte Mobilität, intelligente Werkstoffe und vieles mehr.

Aber auch die Förderinstrumente des Digitalisierungsassistenten, des Gutscheins für Innovation und Digitalisierung bei den kleinen und mittelständischen Unternehmen setzen wir mit dem vorliegenden Haushaltsplan fort.

Drittens sind wir Innovationstreiber, weil wir dazu animieren, Innovation in unser Land zu bringen: durch die Exzellenzcenter, durch die digihubs und auch durch unser allseits gelobtes und von breiten Schültern getragenes Gründerstipendium. Wir sind bereit,

das alles fortzuführen. Davon rücken wir nicht ab, weil das gute Instrumente sind.

Wir sind Innovationstreiber in unserem Land, weil wir bei unseren Jüngsten durch eine Fortschreibung der digitalen Ausstattung an unseren Schulen, die Einführung eines Pflichtfachs Informatik und eine digitalisierte Ausbildung des Lehrpersonals den Grundstein für zukünftige Innovationen legen.

Nordrhein-Westfalen ist seit jeher ein Land mit Innovationskraft. Unser Anspruch ist klar: Als NRW-Koalition machen wir unser Land zum Innovationsführer in Deutschland. Das wird auch durch eine erfolgreiche Zwischenbilanz belegt, die wir dank der soliden und innovationsfreudigen Haushaltspolitik der letzten Jahre ziehen können, was auch durch den vorliegenden Haushaltsplan wieder unterstrichen wird.

Bevor Sie als Opposition wieder monieren, das sei zu wenig und zu langsam, fragen Sie doch einmal eine gründungswillige Studentin oder einen gründungswilligen Azubi, wo sie oder er gerne gründen würde. Ich glaube, in den letzten viereinhalb Jahren hat die Häufigkeit der Antwort „NRW“ deutlich zugenommen. Das ist ein guter Hinweis darauf, dass wir auf unserem Weg weiter voranschreiten können. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Braun. – Jetzt spricht Frau Brems für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Wibke Brems^{*)} (GRÜNE): Sehr geehrter Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! In der Pressemitteilung zu ihrer neuen Digitalstrategie bezeichnet sich die Landesregierung NRW als Vorreiter der Digitalisierung in Deutschland.

(Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Ja!)

– Sie sagen jetzt „ja“, Herr Minister. Das funktioniert aber nur, wenn man sich die Welt schönredet, wie Sie es gerne tun. Leider hinkt Nordrhein-Westfalen in digitalen Dingen dem Stand der Zeit hinterher. Dabei ist der Minister – das lasse ich Ihnen gerne – sogar gut im Organisieren von Geld ist. Das sehen wir am vorliegenden Haushaltsentwurf. Geld allein reicht aber nicht, um Vorreiter zu sein. Die Umsetzung ist entscheidend. Daran hapert es hier absolut.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Digitalbilanz der Landesregierung ist dürftig. Der Weg zu einem digitalisierten Nordrhein-Westfalen ist leider noch weit. Dem Minister fehlen Durchgriffsrechte. Sie überprüfen Ihre eigenen Ziele nicht voll-

ständig, und die Ziele schwanken zwischen ambitionlos und zu hoch gesteckt.

Schauen wir uns zum Beispiel Ihre Bilanz bei der Versorgung mit Glasfaser an. 58 % der Schulen, 80 % der Gewerbegebiete und 84 % der Haushalte in Nordrhein-Westfalen sind noch nicht mit Glasfaser versorgt.

(Florian Braun [CDU]: 84 % der Haushalte, interessant!)

Dazu muss man wissen, dass für die Landesregierung ein Grundstück schon als versorgt gilt, wenn das Kabel nur durch die Straße führt. Für den Anschluss sei man ja schließlich gar nicht zuständig. Das hilft aber den Unternehmen, den Schulen und den Menschen überhaupt nicht, die Glasfaser für die Zukunftsfähigkeit ihres Unternehmens oder für digital unterstütztes Lehren und Lernen an den Schulen benötigen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir brauchen endlich einen verbindlicheren Pfad dafür, wie Glasfaser und 5G in Nordrhein-Westfalen flächendeckend ausgebaut werden. Nordrhein-Westfalen muss den Genehmigungsturbo zünden. Die digitale Verwaltung lässt leider ebenso auf sich warten und auch die Digitalisierung der Wirtschaft kommt nicht voran.

Der Haushaltsentwurf bleibt trotz Nachfragen an einigen Stellen intransparent. Das haben wir in diesem und in anderen Teilen gesehen. So bleibt häufig unklar, was genau mit dem Geld passiert, das Minister Pinkwart organisiert hat. Da steht die Frage im Raum, ob die eine oder andere Erhöhung nicht dazu dient, insgesamt gezielt die globalen Minderausgaben abzudecken. Mit anderen Worten: Sie geben vor, auf der einen Seite zu sparen und auf der anderen Seite immer höhere Ausgaben zu tätigen. Sie schieben das Geld von der einen in die andere Tasche.

(Beifall von den GRÜNEN)

So können Sie dann auch behaupten, dass Ihre Effizienzgewinne durch die Digitalisierung der Verwaltung tatsächlich einträten, weil Ihnen niemand das Gegenteil beweisen kann. Das ist ziemlich praktisch. Es bleibt aber ein berechtigter Zweifel angesichts dessen, dass die Digitalisierung der Verwaltung leider so schleppend vorankommt.

In Ihrem Koalitionsvertrag haben Sie für NRW die gründerfreundlichsten Rahmenbedingungen versprochen. Das klingt erst mal gut, aber danach suchen viele Gründer*innen bis heute vergeblich. Das betrifft insbesondere diejenigen, die Gründungen mit sozialen und ökologischen Innovationen planen. Soziales Unternehmertum hat enorme Potenziale, die bisher jedoch in Nordrhein-Westfalen unzureichend unterstützt werden. Daher schlagen wir vor, einen

Sustainability-Hub sowie einen Social-Innovation-Fund einzurichten und Personal für Beratung und Koordination speziell für diesen Bereich einzustellen.

Sie haben das abgelehnt. Da Sie das getan haben und auch aufgrund der genannten Unzulänglichkeiten im Haushalt lehnen wir diesen Teil genauso wie die anderen Teile des Einzelplans 14 ab. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die FDP hat der Abgeordnete Matheisen das Wort.

Rainer Matheisen (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich bin einigermaßen fassungslos über Frau Kampmanns Wortbeitrag. Ich habe nämlich das Gefühl, Sie sind irgendwann in Ihrer eigenen Regierungszeit stehen geblieben.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Wir sollten in diesem Haus mehr über die Zukunft als über die Vergangenheit reden, aber Sie sprechen davon, dass die Schulen nicht ans schnelle Internet angeschlossen werden. Am Ende Ihrer Regierungszeit waren es weniger als 10 % der Schulen. Heute sind wir beim Siebenfachen. Insofern haben wir da als NRW-Koalition eine enorme Entwicklung und rasante Aufholjagd hingelegt. Das lassen wir uns von Ihnen auch nicht schlechtreden.

(Beifall von Matthias Kerkhoff [CDU] – Zurufe von Christina Kampmann [SPD] und Georg Fortmeier [SPD])

Aber es reicht uns noch gar nicht, wo wir heute stehen, sondern wir wollen Nordrhein-Westfalen bei den Themen „Digitalisierung“, „Innovation“ und „Gründergeist“ deutschland- und europaweit an die Spitze bringen. Das ist unser Anspruch. Wir geben uns nicht mit dem Klein-Klein zufrieden, sondern bringen Nordrhein-Westfalen ganz nach vorne.

Wir machen das nicht als Selbstzweck, sondern für die Menschen. Wir machen das für jeden Einzelnen hier in diesem Land, für jeden einzelnen Menschen in Nordrhein-Westfalen. Wir machen das beispielsweise für den Schüler, der aus schwierigen Verhältnissen kommt, dessen Familie bzw. Eltern vielleicht auch kein Deutsch sprechen und bei dem die Ausstattung zu Hause vielleicht unzureichend ist. Genau für diesen Schüler stellen wir Mittel bereit, damit er beste Bildungschancen hat, und für ihn verdoppeln wir die Mittel für den Breitbandausbau an den Schulen jetzt noch einmal, damit er die allerbesten Bildungschancen hat. Wir wollen Bildungschancen für jeden.

Wir machen das für die ausländische Fachkraft, die nach Deutschland kommt und monatelang nicht arbeiten kann, weil sie vom Amt keine Genehmigung bekommt. Das macht die Verwaltungsmitarbeiterin oder der Verwaltungsmitarbeiter nicht aus Faulheit oder Unwillen oder so etwas. Es sind die komplizierten analogen Prozesse, die das Ganze behindern.

Machen wir es doch einfach digital, damit diese Fachkraft nicht mehr warten muss. Wir wollen im kommenden Haushalt 300 Millionen Euro für die Digitalisierung der Verwaltung investieren und dies zusätzlich oben drauflegen. Wir machen das, damit jeder den Aufstieg durch eigene Leistung auch schaffen kann. Wir wollen das machen, damit es einen Staat gibt, der es den Menschen einfach macht, mit ihm zu kommunizieren.

Dann haben wir die Gründerin, die eine tolle Idee hat, wie man CO₂ einsparen kann. Diese Gründerin macht sich auf den Weg und merkt dann: Ich brauche Strukturen; ich muss wissen, wo ich Fördergelder herbekomme, und ich muss mich vernetzen. Diese Gründerin merkt: Es geht nicht nur um die tolle Idee, sondern es geht auch um die Umsetzung. Bei dieser Umsetzung unterstützen wir sie. Wir investieren massiv in Beratungen, Vernetzung und Förderung. Im Gegensatz zu dem, was Frau Brems gerade sagte, tun wir das insbesondere bei sozialen, bei ökologischen Gründungen, bei Impact-Gründerinnen und -Gründern. Genau die wollen wir unterstützen, weil wir Nachhaltigkeit durch Innovation nach vorne bringen wollen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir erleben gerade die größten Umwälzungen der Menschheitsgeschichte.

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Geht es noch ein bisschen größer?)

– Wie betrachten Sie das denn von der AfD? Sie versuchen doch immer Honig aus dem zu saugen, was gerade passiert. Wenn Sie den Menschen Angst vor Veränderungen und Umwälzungen einjagen ...

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Sie erzählen doch gerade von den größten Umwälzungen der Geschichte!)

Wir stehen vor großen Umwälzungen, aber wir sagen den Menschen: Habt den Mut, diese Veränderungen positiv anzugehen! Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir stehen vor diesen großen Veränderungen. Wir brauchen mutige Politik für Nordrhein-Westfalen, keine Verzagtheit. Wir müssen nach vorne gehen, wenn wir beste Bildung für jeden, Aufstieg durch eigene Leistung und Nachhaltigkeit durch Innovation erreichen wollen. Dafür steht dieser Haushaltsansatz und dieser Einzelplan. Deswegen bitte ich Sie um

Zustimmung zu diesem Einzelplan. Damit stellen wir die richtigen Weichen für die Zukunft, für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, lieber Kollege Matheisen. – Für die AfD spricht nun der Abgeordnete Herr Tritschler.

Sven Werner Tritschler (AfD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Matheisen, ist das jetzt diese neue progressive Mitte, von der Sie alle reden, dass Sie einen Superlativ nach dem anderen aneinanderhängen und uns erzählen, dass wir vor den größten Umwälzungen der Menschheitsgeschichte stehen? Haben Sie in letzter Zeit mal in ein Geschichtsbuch geschaut?

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Sie sind auch nicht weit gekommen im Geschichtsbuch! – Marc Lürbke [FDP]: Das würde Ihnen auch guttun!)

Dass wir aktuell vor den größten Umwälzungen der Menschheitsgeschichte stehen – das finde ich tatsächlich etwas gruselig, was Sie sich da vorstellen.

Kommen wir zum Haushalt. Mit Statistiken und Zahlen ist das ja so eine Sache – auch und gerade, wenn es um Digitalisierung geht. Manchmal könnte man fast den Eindruck gewinnen, bei Herrn Professor Pinkwart im Ministerium sind mindestens genauso viele fleißige Beamte mit kreativer Buchführung befasst wie mit tatsächlichen Fortschritten.

Kommen wir zu den Gigabitanschlüssen. Als abgeschlossen werden Gebäude und Schulen, Herr Matheisen, gezählt, wenn irgendwo draußen auf der Straße ein schnelles Kabel daran vorbeiführt. Dadurch wird das Internet drinnen natürlich nicht schneller, aber die Statistik sieht besser aus.

Beispiel: Gigabit-Definition. Zu Beginn der Legislaturperiode war noch viel von „fiber first“ die Rede – also ausschließlicher Förderung von Glasfaser. Heute zählt auch ein einfaches Koaxialkabel – das, was wir seit den 80er-Jahren als Fernseekabel verlegen – als Gigabitanschluss. So ein Kabel kann tatsächlich schnell sein, aber es wird immer langsamer, je mehr Nutzer daran hängen. Das nennt sich Shared Medium.

Auch die durchaus imposanten Zahlen im Haushalt täuschen ein wenig. Großzügig bemessene Förderungen, wie sie in allerlei Programmen von Bund und Land zur Verfügung stehen, sind nicht gleichbedeutend mit digitalem Fortschritt – zumindest dann nicht, wenn sie weniger als zu einem Fünftel abgerufen werden. Wir hören das auch immer auf den Veranstaltungen: Die Förderprogramme sind zu kompliziert. Die Kommunen haben oft gar nicht die Kapazitäten, diese Verfahren anzugehen, und am Ende fehlt es an Baukapazitäten.

ebenfalls enttäuschend sind die Zahlen bei der Mobilfunkabdeckung. Da werden die Prozentwerte immer noch nach der Anzahl der angebundenen Haushalte bemessen, während auf den Karten große weiße Flecken klaffen. Es ist ja schön, dass die Leute Zuhause Mobilfunk haben, aber wie der Name schon sagt, ist das nicht der Hauptzweck von Mobilfunk. Er sollte unterwegs funktionieren – auf der Autobahn oder im Zweifel auch im Wald. Leider ist das immer noch nicht der Fall.

Auch die digitale Verwaltung hat in den letzten Jahren leider keine großen Fortschritte gemacht. Bis Ende 2022 schreibt das Onlinezugangsgesetz vor, dass 575 Verwaltungsdienstleistungen digital verfügbar sein sollen. Es ist jetzt schon absehbar, dass dieses Ziel nicht annähernd erreicht werden wird. Die Kommunen, die die meisten dieser Dienstleistungen anbieten müssen, sind heillos überfordert, und das Land lässt sie dabei leider auch weitgehend im Regen stehen.

Wir dürfen jetzt schon gespannt sein, mit welchen Statistiktricks uns hier in alter Tradition Ende 2022 dann die Planübererfüllung präsentiert wird. Vermutlich wird es dann schon digital sein, wenn das Amt dem Bürger ein Formular im Internet zur Verfügung stellt, das er ausdrucken und zum Amt tragen darf.

Derweil haben unsere Behörden zumindest in einem Bereich einen guten Ruf, nämlich bei den Hackern dieser Welt. Sie leben größtenteils immer noch in der Welt von Umlaufmappen und Büroklammern. Wenn sie sich dann mal in die digitale Welt trauen – sei es auch nur notgedrungen, wie beispielsweise letztes Jahr beim digitalen Verfahren für die Soforthilfe –, dann sind sie leichte Beute für alle Leute mit finsternen Absichten.

Meine Damen und Herren von Schwarz-Gelb, wir können hier auch im letzten Jahr Ihrer Regierung nicht zustimmen. Denn objektive Statistiken von unabhängigen Stellen sprechen leider für Deutschland und auch für NRW eine klare Sprache. Sie kennen das – es ist ja mittlerweile eine Art Running Gag, dass wir in puncto digitaler Infrastruktur irgendwo zwischen Albanien und Aserbaidschan rangieren. Bei der digitalen Verwaltung ist außer ein paar eher dünnen Leuchttürmen auch nicht viel geschehen.

Diese Regierung, die ja ein bisschen wie ein digitaler Tiger gestartet ist, ist leider längst als analoger Bettvorleger gelandet. Da helfen die vielen wohlklingenden Sonntagsreden zum Thema leider nicht. Sie hätten eine Chance gehabt, zu handeln und umzusetzen, und können sich nach viereinhalb Jahren irgendwann nicht mehr auf das im Übrigen unbestrittene Versagen Ihrer Vorgänger berufen.

Den Bürgern, die in vielen Bereichen immer noch in einem digitalen Entwicklungsland leben müssen, bleibt derweil ein Trost: Im Mai ist Landtagswahl. Und das Ergebnis werden Sie sich nicht schönrechnen können. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Landesregierung hat nun Professor Pinkwart das Wort.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch in diesem Teil unserer heutigen Aussprache wird deutlich, dass es sicherlich noch viel zu tun gibt – gerade beim Thema „Digitalisierung und Innovation“.

Ich freue mich aber darüber, dass wir in Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren wieder den Schwung gewonnen haben, um vorne mitspielen, diese Themen national wie auch europäisch vorantreiben und auch darauf verweisen zu können, dass es sich lohnt, sich nicht nur ehrgeizige Ziele zu setzen, sondern auch den Nachweis zu erbringen, dass man sie einhält, Frau Kampmann.

Sie hatten noch nicht einmal eine Digitalstrategie, Sie hatten noch nicht einmal Ziele, also brauchten Sie auch nichts einzuhalten.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Das hat zu den bekannten Ergebnissen geführt.

(Beifall von Florian Braun [CDU])

Wir haben eine Digitalstrategie, die wir immer wieder evaluiert und auch fortgeschrieben haben. Wir sind jetzt bei der Digitalstrategie 2.0.

Wir als Landesregierung haben uns 44 konkrete Ziele, davon 18 kurzfristige gesetzt. Von diesen 18 haben wir 14 erreicht, das sind fast 80 % unserer kurzfristigen Ziele. Die vier noch fehlenden werden wir Ihnen in den nächsten Monaten sicherlich zum Vollzug nachmelden können.

Alle anderen, die mittel- und langfristigen Ziele haben wir in der Umsetzung. Dass das so ist, haben Sie dankenswerterweise auch noch bestätigt, weil Sie gesagt haben, auch da hätten wir schon sehr viel Geld ausgegeben. Richtig; denn wir arbeiten nicht nur an den kurzfristigen Zielen, sondern auch an den mittel- und langfristigen. Wir setzen sie uns nicht nur, wir arbeiten daran. Von den langfristigen Zielen haben wir eines schon jetzt erreicht, weil wir besonders erfolgreich sein konnten.

Frau Kampmann, wir nehmen die Sache also wirklich ernst. Wir machen es transparent und wären dankbar, wenn Sie das so für sich aufnehmen und

vielleicht auch freundlicher Weise kommunizieren würden.

Eine objektive Statistik gibt es zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes. Es gibt dazu eine Statistik des Bundes, die nicht wir führen. Im Internet sehen Sie da, wo Deutschland bei der Umsetzung des OZG steht. Nordrhein-Westfalen steht da vorne. Nordrhein-Westfalen hat 330 OZG-Verwaltungsleistungen umgesetzt, Baden-Württemberg 224, Bayern 176, Hessen 157.

Wir sind auch bei der Verwaltungsmodernisierung anders vorgegangen als Sie, Frau Kampmann. Sie haben damals Geld in den Haushalt eingestellt, das nicht abgerufen wurde. Dafür haben Sie sich vorgenommen, die Landesverwaltung bis 2031 zu digitalisieren. Wir haben Geld eingestellt, es auch verausgabt und uns vorgenommen, schon 2025 fertig zu werden. Das ist einfach der Unterschied.

(Vereinzelt Beifall von der FDP und der CDU)

Dass das funktioniert, zeigen diese Statistiken. Auch die Statistiken bei den Schulen, bei den Gewerbegebieten zeigen das. Bei den Glasfasergewerbegebieten wird übrigens alles, was wir dort planen, Glasfaser – auch ganz überwiegend bei den Schulen.

Frau Brems, ich will auch noch Folgendes sagen. Sie fordern hier Glasfaser ein. Als ich ins Amt kam, habe ich von Ihnen die Kupferprojekte geerbt. Da sollte ich noch Kupferprojekte beim Bund anfordern. Ich habe mich da verweigert und gesagt, ich beantrage kein Kupferkabel mehr. Sie hatten das in Ihrer Regierungszeit aber noch so vorgesehen.

Beim Ausbau kommen wir voran, und zwar auch beim Mobilfunk, und das nicht nur bei den Haushalten, sondern auch in Bezug auf die Fläche. Bei der Fläche sind wir in Nordrhein-Westfalen mittlerweile bei allen Anbietern bei 99,3 %. Wir schließen außerdem noch die letzten Mobilfunklücken in diesem Land. Auch dafür haben wir einen ganz klaren Fahrplan mit den Mobilfunkbetreibern, um wirklich flächendeckend sowohl Gigabit als auch Mobilfunk anbieten zu können.

In diesem Teil reden wir auch über Innovation. Innovation ist für uns ein ganz zentraler Schlüssel in der digitalen Gesellschaft. Es geht da nicht nur um Digitalisierung. Die Digitalisierung ist aber natürlich ein Treiber von Innovation in unseren Unternehmen im Mittelstand, in unseren Forschungseinrichtungen.

Wir haben hier in Nordrhein-Westfalen aber auch andere Themen vorgebracht. Ich hatte mit meiner flämischen Amtskollegin ein Telefonat über die INTERREG-Zusammenarbeit. Sie war mehr als überrascht und begeistert, was wir hier in Nordrhein-Westfalen alles machen: das Europäische Blockchain-Institut in Dortmund, das Blockchain Reallabor, das wir hier im Rheinischen Revier aufgebaut haben.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen das Thema „Cybersecurity“ auf Weltspitzenniveau weiterentwickeln können.

Wir sind mit dem 5G-Kompetenznetzwerk unterwegs und haben die höchste 5G-Abdeckung in Deutschland. Schauen Sie sich mal bei den Mobilfunkunternehmen an, wo 5G am meisten verfügbar ist. Das ist hier in Nordrhein-Westfalen der Fall. Wir haben rund 100 Millionen Euro in konkreten Projekten eingesetzt, um 5G in der Praxis einzusetzen – zum Beispiel mit dem Universitätsklinikum in Düsseldorf, mit Vodafone und vielen weiteren Beispielen.

Wir sind dabei, ein Kompetenznetzwerk zum Thema „Quantentechnologie“ aufzubauen, weil wir in dem Bereich exzellente Standorte haben und unsere Fähigkeiten da weiter ausbauen wollen.

Im Bereich der Biotechnologie sind wir ein ganz wesentlicher Standort und bauen da unsere Fähigkeiten weiter aus.

Den Bereich der Energieforschungstechnologien haben wir vorhin diskutiert.

Nordrhein-Westfalen ist in so vielen Feldern eines der zentralen Technologieländer und einer der zentralen Innovationsstandorte. Wir sind mit der Industrie, den Forschungseinrichtungen, den Hochschulen auch Patentthemen betreffend unterwegs, um diese PS, die wir haben, noch mehr auf die Straße bringen zu können: noch mehr Patente aus Nordrhein-Westfalen zur Anmeldung zu bringen, noch mehr innovative Gründungsvorhaben.

Ich bin sehr zuversichtlich, dass das der Ansatz für Nordrhein-Westfalen ist, um sich über Innovation, über Digitalisierung in der Verwaltung, aber auch in den Unternehmen in den nächsten Jahren auch bei Wachstum und Beschäftigung ganz weit nach vorne zu schieben. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Minister. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen zu den Abstimmungen. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/15714, Einzelplan 14 unverändert anzunehmen.

Zuvor stimmen wir aber über den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/15736 ab. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und die AfD. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Das sind die Kolleginnen und Kollegen der SPD. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/15736** wie gerade festgestellt **angenommen**.

Wir stimmen zweitens ab über den Einzelplan 14 – Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie. Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 14 selbst in der soeben geänderten Fassung und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD, Grüne und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Einzelplan 14 in zweiter Lesung**, wie gerade festgestellt, **angenommen**.

Ich rufe auf:

Einzelplan 05 Ministerium für Schule und Bildung

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 17/15705 und den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP Drucksache 17/15694.

Ich eröffne die Aussprache und freue mich darüber, dass Kollege Ott schon starkklar am Redepult steht. Bitte schön.

Jochen Ott (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vielleicht kann ich ja ein bisschen Zeit wieder hereinholen. – Zunächst geht mein Gruß an die Kolleginnen und Kollegen, die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder, draußen vor dem Landtag, die heute demonstrieren und darauf setzen, dass die Politik nicht nur in Sonntagsreden, sondern auch ganz konkret ihre Leistungen würdigt. Die Aufforderung an den Ministerpräsidenten und insbesondere an den Finanzminister ist, jetzt dafür zu sorgen, den Beschäftigten in dieser Tarifeinwanderung ein Angebot vorlegen zu können.

(Beifall von der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben zu Beginn Ihrer Regierungszeit weltbeste Bildung versprochen. Jetzt, gegen Ende der Legislatur, stellen wir fest, dass Ihre Politik von Stillstand, Plan- und Ideenlosigkeit geprägt ist. Es fehlt schlicht die Weitsicht. Es macht betroffen – es ist aber auch interessant –, dass Frau Sommer, Frau Löhrmann und Frau Gebauer am Ende ihrer Amtszeiten jeweils eine Welt gezeichnet haben, die es so nicht gibt. Die Realität wurde ausgeblendet. Das ist kein Grund zur Freude, weil es zu einem massiven Vertrauensverlust in die Schulpolitik dieses Bundeslandes führt. Die Menschen glauben keiner Partei mehr, dass sie in der Lage sei, die Schulpolitik vernünftig nach vorne zu bringen.

Zugegeben: Das Schulsystem ist ein Riesentanker und damit auch nicht leicht zu steuern und zu lenken. Umso wichtiger ist es aber, dass der Landtag und